

41. Jahrgang • Heft 10/2002

Herausgeber:

Innenministerium NRW



Polizei NRW –
51 Jahre
Bereitschaftspolizei

BPH Bochum –
Kampf gegen
Hochwasserkatastrophe

PP Köln –
Kongress Ordnungs-
partnerschaften

IM NRW –
„Allgemeine
Bürgerbefragungen“

Polizei NRW –
Neuer Streifenwagen



Bochumer Polizisten organisieren Steine und Zement



POK Norbert Sturm von der
TEE des PP Bochum
initiierte die Hilfsaktion
(4. v. r. oben).



Die Hochwasserkatastrophe in Deutschland. Jeder von uns sah die furchterregenden Bilder im Fernsehen, sah, wie die Natur aus den Fugen geriet.

Auch Polizeioberkommissar Norbert Sturm, Angehöriger der Technischen Einsatzinheit (TEE) des PP Bochum, sitzt am 13. August vor dem Fernsehgerät. Hier sieht er Bilder aus Schmiedeberg im Erzgebirge. Der sonst so beschauliche Fluss Weißeritz tobt durch die Ortschaft, zerstört Häuser und Brücken. Plötzlich sieht Norbert Sturm eine fünfköpfige Familie. Diese steht vor ihrem völlig zerstörten und von Wassermassen umfluteten Haus. Die Familie wartet auf einen Hubschrauber, der sie evakuieren soll. In ihren Gesichtern erkennt man Angst, Verzweiflung und Leere. Diese Gesichter prägen sich bei Norbert Sturm ein. Er will helfen!

Kurzentschlossen organisiert er einen Hilfstransport, findet Unterstützung bei seinen Kollegen. Man entschließt sich, der Familie bei dem Wiederaufbau ihres Hauses zu helfen. Mehrere Baustoffhandlungen aus dem Ruhrgebiet spenden Steine und Zement, die Bochumer Behördenleitung stellt zwei Lkw für den Transport zur Verfügung.

Am 31. August machen sich Rüdiger Bente, Uwe Feuweiher, Ralf Schoknecht und Norbert Sturm auf den Weg ins Erzgebirge. In Schmiedeberg werden die Kollegen vom stellvertretenden Bürgermeister empfangen und zu der von der Flut arg gebeutelten Familie eskortiert. Hier blicken sie in ihre Augen – sehen wieder Hoffnung. Kurzentschlossen planen die Beamten der TEE einen zweiten Hilfstransport. Im Oktober wollen sie wieder nach Schmiedeberg fahren, denn die dort lebenden Menschen sind auch weiterhin auf Hilfe angewiesen.

Volker Schütte, PP Bochum PRST

Hinweis: Diese Spendenaktion steht stellvertretend für viele ähnliche Aktionen von nordrhein-westfälischen Polizeibeschäftigten.

Aktuell – Aktuell – Aktuell – Aktuell

Festnahmen nach Tötungsversuch an Polizeibeamten in Lünen

Wie die zuständige Dortmunder Staatsanwaltschaft jetzt erklärte, nahmen Beamte der ermittelnden Mordkommission zwei junge Männer als Tatverdächtige fest. Die 20 und 26 Jahre alten Tatverdächtigen konnten aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung und unter Einbeziehung des DNA-Analyseverfahrens ermittelt werden. Der 26-Jährige ist geständig, gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Zu seinen Motiven hat er sich noch nicht geäußert.

Rückblende: Am frühen Morgen des 19. August hatte der Tatverdächtige die Polizeiwache in Lünen betreten. Unvermittelt zog er einen antiken Revolver und schoss fünfmal auf den Wachhabenden. Dieser sprang reflexartig hinter den Wachtisch und war so den Projektilen unverletzt entgangen. Anschließend flüchtete der Tatverdächtige.

Die aktuelle Nachricht erreichte die Redaktion „Streife“ unmittelbar vor ihrer Drucklegung, deshalb die Veröffentlichung an dieser Stelle.

Ihre Redaktion

E-Mail: streife@im.nrw.de

Polizei NRW –
Festakt 50+1 Jahre
Bereitschaftspolizei 4

BPH Bochum –
Einsatz gegen
Hochwasserkatastrophe 5

PP Köln –
Fachkongress Ordnungspartnerschaften 8

Polizei NRW –
Neuer Streifenwagen
für den Wachdienst 10

IM NRW –
Das Befragungsinstrument
„Allg. Bürgerbefragung“ 12

BR Detmold –
Erste Polizeiausbildungsbörse 14

Steuerung und Führung –
Einladung zum Qualitätskongress 2002-09-25 16

Steuerung und Führung –
„Forum Praxis, Teil 8“,
das Mitarbeitergespräch 17

IM NRW –
Landespräventionsrat
eingrichtet 21

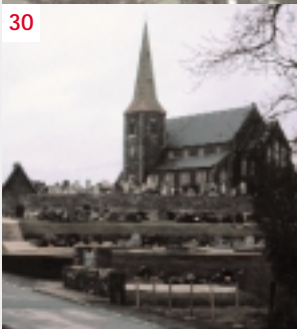
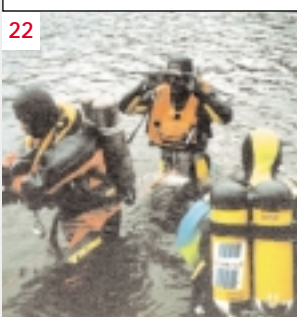
BPT Wuppertal –
Ausbildung für
Polizeitaucher 22

FSE NRW –
10 Jahre Zusammenarbeit
Polizei und Justiz 24

Michael Morenz –
Die Wurzeln des
Nordirlandkonfliktes 30

Rätsel 34

Impressum/Vorschau 35



Fotos: Jochen Tack,
Jan Potente,
Yavuz Arslan

50 + 1 Jahr Bereitschaftspolizei NRW



Minister Behrens informierte sich auch über die Arbeit der BEPO beim Hochwasser-einsatz.

Die nordrhein-westfälische Bereitschaftspolizei wird 51 Jahre alt. „Sie hat sich in hochkomplexen und schwierigen Einsatzsituationen bestens bewährt und meistert ihre Aufgaben mit höchster Leistungsbeurteilung, Professionalität sowie vorbildlichem Teamgeist“, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Fritz Behrens zu mehr als 500 Besucherinnen



und Besuchern des zentralen Festaktes in Wuppertal. Mitglieder des Landtages, Vertreter des Innenministeriums, der Bezirksregierungen, fast alle Polizeipräsidenten und Landräte kamen nach Wuppertal. Auch der Hauptpersonalrat und die Polizeiseelsorge waren vertreten, ebenso wie eine große Zahl von Kolleginnen und Kollegen der Kreispolizeibehörden und Einrichtungen mit ihren Familien.

50 + 1 deshalb, weil der ursprünglich für September des vergangenen Jahres geplante Festakt zum runden Jubiläum nach den terroristischen Anschlägen in den USA abgesagt worden war.

„Die Bereitschaftspolizei ist unverzichtbar für die Innere Sicherheit unseres Landes“, betonte der Innenminister in seiner Festansprache. Unmittelbar nach den An-

Bereitschaftspolizei

Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen über 2 400 Bereitschaftspolizistinnen und Polizisten in 18 Einsatzhundertschaften, drei Technischen Einsatzeinheiten und drei Führungsgruppen eingesetzt. Sie sind 14 Polizeipräsidiien zugeordnet.

Ihre vorrangige Aufgabe besteht in der Bewältigung von Einsätzen aus besonderem Anlass. Neben den Einsätzen im eigenen Land kommen eine Vielzahl von Unterstützungen in anderen Ländern hinzu. Dies haben die Einsätze von sechs Hundertschaften und zwei Technischen Einsatzeinheiten der NRW-Bereitschaftspolizei im vergangenen Monat beim Hochwasser in Sachsen und Sachsen-Anhalt einmal mehr gezeigt.

Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen geleistet, die Ausstattung der NRW-Bereitschaftspolizei zu verbessern. So wurden alle Hundertschaften mit digitalen Foto- und Videokameras ausgestattet. Sie sind zur Dokumentation und Beweisführung von Straftaten unerlässlich, gerade bei Einsätzen mit gewalttätigen Ausschreitungen. Auch der Nachholbedarf bei Gruppen- und Halbgroßgruppenfahrzeugen konnte in diesem Jahr weitgehend gedeckt werden. Darüber hinaus wurden über 3 000 neue Einsatzschutzanzüge bestellt. Die ersten 1 720 Anzüge werden gegen Ende des Monats ausgeliefert; weitere 1 360 Anzüge folgen noch bis zum Ende des Jahres. Dann verfügt jeder Bereitschaftspolizist über einen modernen, funktionalen Schutzanzug. In einem zweiten Schritt wird in 2003 für die Mitarbeiter der Bereitschaftspolizei je eine zweite Einsatzkombi gekauft.

schlagen in New York und Washington wurde die nordrhein-westfälische Bereitschaftspolizei in hohem Maße für landesweite Schutzmaßnahmen eingesetzt. Der Minister bedankte sich bei der Bereitschaftspolizei für das „große Engagement zum Wohle des Menschen auch unter manchmal schwierigsten Bedingungen“.

In einer Schweigeminute wurde den getöteten und verletzten Kolleginnen und Kollegen in den USA gedacht.
Fotos: Yavuz Arslan



Hochwasserkatastrophe

– von EPHK Reinhard Dembowsky,
1. BPH Bochum

Mitte August meldeten die Medien, dass es in Tschechien sowie in den neuen Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt durch den Hochwasserstand der Elbe zu bedrohlichen Zuständen gekommen war. Da bereits Jahre zuvor in einer ähnlichen Situation Bereitschaftspolizei auch aus NRW im Oderbruch eingesetzt worden war, rechnete ich förmlich mit einem Einsatz.





Am 13. August war es soweit. Wir versahen Spätdienst-LEB (Landeseinsatzbereitschaft), als mich gegen Abend der Einsatzreferent aus dem Innenministerium, Herr LPD Mathies, anrief. Er beauftragte mich unverzüglich in Richtung Sachsen auszurücken. Später, bereits auf der Autobahn fahrend gen Sachsen, wurde mir Riesa als genauer Einsatzort benannt. Zudem unterstellte man mir einen Zug Bereitschaftspolizei aus Essen und Bonn.

Gegen 3.00 Uhr morgens erreichten wir Riesa und bezogen unser Quartier in einem Hotel unmittelbar an der Elbe. Aber bereits nach nur drei Stunden mussten wir in den Einsatzraum. Dieser umfasste den gesamten Bereich zwischen Riesa und Meißen auf einer Länge von etwa 70 Kilometern; getrennt durch die Elbe.

Die NRW-Hundertschaften wurden im Bereich zwischen Riesa und Meißen eingesetzt.
Fotos: BPH Bochum

Der „knackige“ Auftrag lautete: Für „Sicherheit und Ordnung“ zu sorgen. Eine solche Auftragserteilung ist zwar in dieser „Deutlichkeit“ weder in der PDV 100 noch in irgendeiner anderen Vorschrift formuliert, allerdings waren die Umstände im Katastrophengebiet so unbeschreiblich chaotisch, dass sie solche Unzulänglichkeiten allemal entschuldigten.

Sowohl die Katastrophenschutzleitung als auch die Abschnittsleitung der Polizeidirektion Riesa waren mit der Dimension des Einsatzes offensichtlich an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt. Von Kommunikation und Führungsstrukturen wie wir sie aus anderen Großereignissen kennen, war man meilenweit entfernt. Demgegenüber stand aber ein absolut ehrliches Bemühen, uns als geschlossene Einheiten das Arbeiten so angenehm wie möglich zu gestalten. Auch gab es erfreulicherweise keine verletzten Eitelkeiten, wenn von uns als Hundertschaften übergeordnete Hierarchieebenen erst im Nachhinein beteiligt wurden.

Insofern gestaltete sich die Arbeit für uns als Auftragsakt in ihrer reinsten, obwohl nicht eigentlich gewollten Form. Das bedeutete, dass wir je nach Pegelstand der Elbe die gesamte Bandbreite aller denkbaren Maßnahmen zu bewältigen hatten. Im Einzelnen waren dies von der Auskunftserteilung (Wo bekomme ich Säcke? Wo kann ich helfen? Welche Brücke ist noch befahrbar?) über sämtliche Maßnahmen zur Verkehrsableitung und -sperrung bis hin zu Evakuierung (freiwillig oder zwangsweise). Eigentlich gab es nichts, was nicht irgendwie und auch ohne kleinkarierte Kritik erledigt wurde.

Der Dienst an sich umfasste eine 12-Stunden-Schicht von 6.00 bis 18.00 Uhr zuzüglich der An- und Abfahrt und Verpflegungsaufnahme. Alles in allem hat-

ten unsere Kolleginnen und Kollegen nur wenig Zeit für sich selbst. Und dennoch war unsere Motivation phänomenal. Manche erklärten sich sogar bereit, in der spärlichen Freizeit Säcke zu füllen oder in Ortschaften zu helfen, in denen man tagsüber bereits zur Bevölkerung Kontakt gefunden hatte.

Die Bevölkerung selbst verhielt sich der Polizei gegenüber vollkommen konträr zum Pegel der Elbe. Als das Hochwasser noch weiter flussabwärts im Raum Dresden war, glaubte man offensichtlich den düsteren Prognosen nicht. Bei vielen Sperr- und Ableitungsmaßnahmen mussten unsere Beamten sämtliche Register der gewaltfreien Kommunikation ziehen.

Je höher das Hochwasser anstieg, umso mehr schloss man die Einsatzkräfte ins Herz und versorgte sie sogar mit Kaffee und Kuchen, Lasagne und anderen Köstlichkeiten. Als das Hochwasser wieder fiel, stieg das Aggressionspotenzial im gleichen Maße. Die Geschädigten sahen live und in Farbe das Ausmaß der Beschädigungen und waren über manche behördlichen Entscheidungen oder Verhaltensweisen ihrer Mitbewohner äußerst ungehalten.

Negative Höhepunkte waren leider Gottes auch zu verzeichnen:

So wurde an einer Sperrstelle in Meißen eine Kollegin aus Essen an den Beinen verletzt, als ein cholerascher junger Mann sie offensichtlich bewusst und gewollt mit seinem Pkw anfuhr. Es wurden Leute dabei beobachtet, wie sie Sandsäcke „mausten“ oder diese nur wegnahmen, um sie wenige Meter weiter einfach auszulieren. Unbelehrbare verzweifelten Menschen versuchten, die reißende Elbe mit Schlauchbooten zu überqueren, um ihre Habe zu retten. Nur war die Elbe an dieser Stelle circa 5 km breit und glich einem Wildwasser!

Werte Kollegen,

Das Bild vor Ort änderte sich mit steigendem Hochwasser von Tag zu Tag. Durch herausgerissene Tanks, schwimmenden Kadaver und sämtlichen anderen Unrat wurde die Elbe zunehmend dreckiger, ja sogar gesundheitsgefährdend. Der wohlgemeinte Rat, jeglichen Hautkontakt zum Elbwasser zu vermeiden, war absolut berechtigt. Die Geruchsbelästigung war angesichts des Wetters (ca. 25–30°, blau-weißer Himmel) gegen Ende unseres Einsatzes nur noch schwer zu ertragen. Alles in allem waren die Wahrnehmungen beeindruckend. Im Fernsehen sieht man lediglich einen kleinen Ausschnitt und dann noch zweidimensional. In der Realität war das Ausmaß dagegen gigantisch, verstärkt durch andere Sinneswahrnehmungen wie Geruch. An manchen Stellen war das Land auf einer Breite von 15 km überflutet und glich einem Wattenmeer mit Halligen. Der Begriff „Katastrophe“ erfuhr hier eine ganz andere Definition. Trotz der enormen Belastung hörte man (fast) kein Wort der Klage. Die Sinnhaftigkeit der Anwesenheit – trotz aller Unzulänglichkeiten – war jedem bewusst und deutlich. Alle Helfer, egal ob Bundeswehr, THW, DLRG etc., arbeiteten unkonventionell kollegial zusammen. Besonderer Dank an dieser Stelle gebührt neben allen eingesetzten Beamten unserem Verbindungsbeamten der PD Riesa Koll. Hermann Braunger als Leiter der PHWa Riesa, der sich als geborenes Organisationstalent erwies und half, wo immer er konnte. Ebenso hervorzuheben ist die Betreuung aus dem IM NW, das ständig den Kontakt zu mir und den Kräften hielt und Hilfe nicht nur anbot, sondern tatsächlich auch gewährte. Nicht dass man es mir als Zynismus auslegt, ich empfand diese Woche im Katastrophengebiet als Einsatz der ganz besonderen Kategorie, den ich wie die meisten meiner Kollegen nicht missen möchte.

während der Flutkatastrophe in Sachsen waren Kräfte der BEPO NRW mit einer zusammengestellten Hundertschaft (Bochum, Bonn und Köln) im Territorium meines Polizeireviere (Riesa) im Einsatz. Die einhellige Meinung sowohl der Riesaer Bürger als auch meiner Kollegen, insbesondere auch meiner Person war: „Ihr seid Profis, und dies mit Herz und Verstand.“ Der Einsatz war für alle Beteiligten schwer und teilweise auch psychisch belastend. Doch bei allem Stress gab es auch etwas zu lachen.

Vielleicht hat es sich bei den Kollegen der E-Hu mittlerweile eingebürgert von einem neuen „Gönner“ zu sprechen. Hierbei möchte ich etwas Aufklärungsarbeit leisten.

Der Hundertschaftsführer (EPHK Dembowy) gibt in einem Funkspruch eine Meldung weiter (in der wohlwollenden Sprache der NRW). Ein sächsischer Kollege hört diesen Funkspruch und kann Hilfe anbieten. Leider ist ihm der Funkrufname der „Irma...?“ entgangen. Er fragt im sächsischen Dialekt nach, wie das Problem gelöst werden kann. Allerdings nennt er hierbei nicht seinen Funkrufnamen. Der Hu-Fü spricht den Kollegen ohne Funkrufnamen an. Der sächsische Kollege funkt darauf hin „Wie ist Ihr Gönner (phonetisch)?“

Darauf hin Hu-Fü zum Leiter Fü-Gru; was will der denn? Hu-Fü spricht den sächsischen Kollegen an: Wen meinen Sie? Darauf hin der Sachse: „Na, Ihren Gönner!“ Hu-Fü antwortet: „Mein Gönner ist der Innenminister!“ Der Sachse: „Nee nee, wie ist Ihr Gönner?“ Hu-Fü zu Leiter Führungsgruppe: „Ich kann dem doch nicht Intimitäten über den Innenminister über Funk mitteilen.“ Darauf hin wieder Hu-Fü zum sächsischen Kollegen: „Was meinen Sie?“ Sachse: „Sie müssen doch einen Gönner haben!“ Die Antwort des Hu-Fü lautete: „Nu nu“ (erste Lektion der sächsischen Sprachgewohnheiten heißt, nu nu ist Bestätigung nicht Ablehnung. Anm. des Verfassers.) und ist stumm.

Der Sachse merkt, dass etwas nicht stimmt und wiederholt nochmals die Frage: „Ihren Gönner, ich muss Sie doch ansprechen können!“ Hu-Fü antwortet am Funk: „Meinen Sie meinen Funkrufnamen?“. Darauf hin der Sachse: „Nu, nu.“ Hu-Fü an sächsischen Kollegen: „Ich bin die Irma.../...!“ Der Sachse sagt: „Drossel .../...!, verstanden.“

Merke nicht jeder „Gönner“ ist ein auch ein „Kenner“ (Funkkenner = Funkrufnamen).

Mit dieser kleinen Geschichte möchte ich mich als Leiter des Polizeireviere Riesa noch mal ganz herzlich für die Hilfe bedanken. Ich selbst spreche schwäbisch und es war herrlich zwischen Sachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlinern, Hessen und vielen anderen zu dolmetschen. Mit bestem Dank und vielen lieben Grüßen aus Riesa.

Hermann Braunger



Hamburg-Mannheimer

Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Sie, unsere Beamte auf Lebenszeit, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, haben wir spezielle Darlehens-Programme. Zum Beispiel Festzinsen ab 5,95 % und effektive Jahreszinsen ab 6,42 %. In unserem InfoBüro erhalten Sie weitere schnelle und kompetente Lösungen.

Beispiel ❶ 30-jähriger Beamter auf Lebenszeit

Festzins 6,35 %, effektiver Jahreszins 6,97 %, Laufzeit 20 Jahre.
30 000 € = monatlich 271,25 €, inkl. Lebensversicherung
50 000 € = monatlich 449,58 €, inkl. Lebensversicherung

Beispiel ❷ 30-jähriger Angestellter, Beamter a. P. oder Arbeiter

Festzins 6,80 %, effektiver Jahreszins 7,37 %, Laufzeit 15 Jahre.
25 000 € = monatlich 235,42 €, inkl. Lebensversicherung

Generalagentur Jürgen Jäckel und Marco Heusmann:

Hannover: Wieselweg 7_30900 Wedemark_fax 051 30.7903 95
Hamburg: Rathausallee 27_22846 Norderstedt_fax 040.52 1939 07
Berlin: Wittestraße 30k_13509 Berlin_fax 030.43 57 24 91
Besuchen Sie uns auch im Internet: www.hm-darlehen.de

Neu

InfoBüro 0 800.64 65 000

Von 8 bis 20 Uhr gebührenfrei, direkt und bundesweit

Ordnungspartnerschaften

– das Markenzeichen für
Innere Sicherheit in NRW



„Weiter machen mit aller Macht“, so Innenminister Dr. Behrens zu den Besuchern des Kölner Fachkongresses, „denn die Initiative ‚Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden‘ hat sich zu einem Erfolgsmodell der Inneren Sicherheit entwickelt.“ Aus diesem Grund wird Minister Behrens im kommenden Jahr besonders gelungene Ordnungspartnerschaften mit einem „Landespreis für Innere Sicherheit“ auszeichnen. Damit soll auch die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vielfältigen Initiativen gefördert und belohnt werden.

Eine Botschaft an die Kongressteilnehmer war auch, aus den Erfahrungen der in Köln vorgestellten Projekte zu lernen, die hier gewonnenen Anregungen in die eigenen Projekte einzubauen, also das „Rad nicht immer neu zu erfinden“. Das Modell der Kommunikation und Kooperation zwischen der Polizei auf der einen und verschiedenen Partnern wie Kommunen, Jugendämtern, Schulen und Unternehmen auf der anderen Seite wurde vor fünf Jahren gestartet. Behrens

betonte, dass die Garantie der Inneren Sicherheit „nicht allein Aufgabe der Polizei“ sei. Daran müssten viele mitwirken. Die rund 820 Projekte im Land seien für die Menschen „spürbar und erlebbar“ und hätten für mehr Sicherheit in Innenstädten und Bahnhöfen gesorgt.

Besondere Bedeutung haben die Initiativen nach Ansicht des Ministers für die Bekämpfung der Jugendkriminalität, die er als „aktuelles Problem“ bezeichnete. Große Sorgen bereitete ihm insbesondere die Aggressivität junger männlicher Täter. Die Hemmschwelle, Gewalt bei Konflikten einzusetzen und Menschen zu verletzen, sei gesunken. Solche Probleme seien nicht allein durch die Strafverfolgung von Polizei und Justiz abzustellen, betonte Behrens. Wichtig sei ein rechtzeitiges Gegensteuern von verschiedenen Seiten. Die Zusammenarbeit mit den Schulen sei für die Polizei daher von „herausragender Bedeutung“. In über 350 Projekten biete die Polizei daher landesweit theoretische und praktische Hilfe im Umgang mit Gewalt an. Dazu zählten beispielsweise Streit-Schlichter-Programme für Schüler, Anti-Gewalt und Deeskalationstrainings sowie Selbstbehauptungskurse.

Ordnungspartnerschaften sind ein wichtiger Baustein des nordrhein-westfälischen Sicherheitsnetzwerkes. „Wir werden deshalb unsere Anstrengungen in diesem Bereich intensivieren. Es ist mein Ziel, trotz knapper Gelder hier einen politischen Schwerpunkt zu setzen“, kündigte Minister Behrens an. ■



Beispiele für gelungene Ordnungspartnerschaften bereicherten den Fachkongress.
Fotos: Jan Potente





DANCECOMPANY
presents

Die Schöne und das Biest



Polizeiausbildungsinstitut "Erich Klausener"

Lippstädter Weg 26

33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Donnerstag, 31.Okt. 02 20.00 Uhr

Freitag, 01.Nov. 02 20.00 Uhr

Samstag, 02.Nov. 02 15.30 Uhr

Samstag, 02.Nov. 02 20.00 Uhr

Eintritt 12 Euro

Vorverkauf ab 01.10.02

05257- 987 1654

VW Passat-Kombi für den Streifendienst



Der VW Passat wird der neue Streifenwagen für Nordrhein-Westfalens Polizei. Dies ist das Ergebnis einer Ausschreibung, an der sich fünf deutsche Automobilhersteller beteiligt haben. Die ersten der 1 000 minzgrün-silbermetall lackierten Fahrzeuge sollen bereits ab November an die Polizeibehörden ausgegeben werden. Die Auslieferung wird nach heutiger Planung Ende März 2003 abgeschlossen sein. „Damit wird die Hälfte der Wagen für den Streifendienst in den Polizeiinspektionen und Polizeiwachen auf einen Schlag erneuert“, hob der Minister hervor.

Die neuen Polizeiwagen werden geleast und nicht mehr gekauft. Durch den Abschluss des Leasingvertrages ist es möglich, mit den vorhandenen Haushaltsmitteln den gesamten Fuhrpark der Polizei in kürzester Zeit zu verjüngen. So ist eine verbesserte Qualität des Arbeitsplatzes Streifenwagen realisiert. „Polizistinnen und Polizisten, die acht oder mehr Stunden Dienst in den Fahrzeugen tun, haben Anspruch auf einen modernen und komfortablen Arbeitsplatz!“, stellte der Innenminister klar. Das Durchschnittsal-

ter der Streifenfahrzeuge wird sich durch das Leasingverfahren von zurzeit durchschnittlich sechs auf maximal zwei Jahre verringern. Der neue Funkstreifenwagen ist ein VW Passat Variant TDI. Die neuen Wagen sind serienmäßig mit Automatik, Klimaautomatik, ESP (Elektronisches Stabilitätsprogramm), Bremsassistent und Parkpilot ausgestattet. Starke Dieselmotoren mit 130 PS sorgen für Schnelligkeit und Sparsamkeit.

Die Fahrzeuge weisen eine neue Lackierung auf. Die Grundfarbe ist silbermetallisch. Dies ermöglicht dem Leasinggeber einen höheren Rücknahmepreis für die Funkstreifenwagen und verringert die monatliche Leasingrate. Im Jahr 2003 werden weitere etwa 1 000 Streifenwagen für die nordrhein-westfälische Polizei europaweit ausgeschrieben.

Die neuen Fahrzeuge verfügen über umfangreiche elektronische Fahrhilfen. Ihre technischen Funktionen, die physikalischen Wirkungen, die Handhabung durch den Fahrer und einige Tipps sollen an dieser Stelle kurz erläutert werden.

Elektronisches Stabilitätsprogramm (ESP)

ESP basiert auf der Leistungsfähigkeit und den Leistungsgrenzen des ABS. Es nimmt seine Regelungsfunktion nur in Grenz- und Notsituationen auf. Das System regelt die Richtungsstabilität bei Brems- und/oder Lenkmanövern. Durch Messungen des Drehmomentes des Fahrzeuges an der Hochachse, der Fahrgeschwindigkeit und dem Lenkwinkel der

Vorderräder nimmt die Elektronik einen Abgleich mit den Grenzwerten vor, stellt Abweichungen fest und korrigiert durch gezielte Bremsengriffe auf verschiedene Räder. Dies geschieht im Millisekundenbereich, außerhalb jeder individuellen menschlichen Leistungsfähigkeit. Gleichzeitig wird in das Motormanagement eingegriffen, indem der Vortrieb durch Reduzierung der Motordrehzahl bis auf Leerlauf zurückgenommen wird.

Dadurch kann die Annäherung an eine optimale Bremsverzögerung und verbesserte Spurstabilität erreicht werden. Es reduziert die Gefahr von unnötigem Unter- oder Übersteuern. ESP hat in Notsituationen Vorrang und überdeckt deshalb mögliche elektronische Regelimpulse des ABS. Dieses System fordert vom Fahrer in Notsituationen ein Lenkverhalten, bei dem die Vorderräder immer in die Richtung weisen, in die der Fahrer mit seinem Fahrzeug konkret will, da die Einstellung der Lenkung eine wichtigste Berechnungsgrundlage für die elektronischen Regelungen ist. ESP ist übrigens ausschließlich auf die Vorwärtsbewegung ausgerichtet. Bei schneller Rückwärtsfahrt kommt es zu falschen Berechnungen und damit zu falschen Regelungen der Elektronik.

Bremsassistent

Die meisten Autofahrer kommen nur selten in die Situation, eine Notbremsung durchführen zu müssen oder haben dies auch nicht gelernt. Deshalb sind sie auch nicht in der Lage, in einer Notsituation eine effektive Notbremsung durchzuführen. Sie verschenken Bremsweg, die Aufprallgeschwindigkeit ist unnötig hoch. Der Bremsassistent greift hier ein, indem er das ruckartige Wegnehmen des Fußes vom Gaspedal und den Aufbau eines für eine Notbremsung zu schwachen Bremsdruckes registriert. Er unterstellt



die Notsituation. Elektronisch wird der volle Bremsdruck erzeugt, das ABS kommt sofort in den Regelbereich und der Bremsweg ist so kurz wie möglich. Dieser Mechanismus kann auch eingreifen, wenn für den Fahrer subjektiv keine Notsituation vorhanden ist.

Beide Systeme haben physikalische Grenzen, die durch Fehlleistungen des Fahrers, meist durch zu hohe Geschwindigkeiten, verursacht werden.

Bedienung der RTK

Der Alarmdrehzugschalter wird in den neuen Fahrzeugen nicht mehr eingebaut. Stattdessen verfügen die Fahrzeuge über eine neue Tastenbedienung, die alle Funktionen der RTK steuert. Sie ist zwischen Funkbedienteil und Klimaanlage eingebaut und für Fahrer und Beifahrer gut erreichbar.

Auf ein Wort!

Mit dem neuen Funkstreifenwagen wird der Polizei eine deutlich verbesserte Technik zur Verfügung gestellt, die nur dann zu mehr Sicherheit verhilft, wenn mit ihr kompetent und verantwortungsvoll umgegangen wird.

„Die Verantwortung des Fahrzeugführers wird durch die Elektronik nicht aufgehoben“

Die Kollegen des PFI „CS“ Münster, Abteilung FB 1.5, Fahr- und Sicherheitstraining stehen gerne für Fragen und Anregungen zur Verfügung und sind im Intranet über die Homepage des PFI „CS“ und natürlich auch telefonisch zu erreichen.

Gute und sichere Fahrt mit den neuen Fahrzeugen! ■

Thomas Klippner
TKBO



Polizei Diensthose Jeans

33,- €

Farbe: beige

Material: 100% Baumwolle

Hattinger Str. 738
44879 Bochum
Telefon: 0234 / 940 96 80
Fax: 0234 / 940 95 50



Polizeieinsatzhandschuh "SEK" mit schnitthemmender Kevlar-Einlage

41,- €

Farbe: schwarz
Obermaterial: Leder



Unterziehrolli
Ausführung wie Polizei NW

20,- €

Farbe: bambus
Material: 100% Bw



Ausrüstungskoppel mit Schnellverschluss

23,- €

Farbe: schwarz • Material: Cordura

HAMBURG MANNHEIMER *Mehr vom Leben*

Euro-Geld für Sie

Beamte, Arbeiter & Angestellte des öffentlichen Dienstes

Modellbeispiel A	Modellbeispiel B
35-jähriger Beamter a.L.	40-jährige Angestellte,
Laufzeit 20 Jahre	Beamtin a.P., oder Arbeiterin
(bei Laufzeit von 12–14 Jahren: Festzins 5,95%)	Laufzeit 15 Jahre
→ Festzins 6,35 %	→ Festzins 6,80 %
→ Effektiver Jahreszins 6,97 %	→ Effektiver Jahreszins 7,36 %
→ bei 20.000 Euro sind das monatlich 181,83 Euro inkl. Lebensversicherung	→ bei 15.000 Euro sind das monatlich 164,06 Euro inkl. Lebensversicherung
→ bei 50.000 Euro sind das monatlich 452,08 Euro inkl. Lebensversicherung	→ bei 35.000 Euro sind das monatlich 381,03 Euro inkl. Lebensversicherung

Über unseren **kostenlosen INFO-RUF 0800-88 66 442*** erhalten Sie die auf Sie persönlich zugeschnittene Lösung * über Festnetz

AGENTUR SIMONE JUNGMANN & TEAM
BERLIN: SAALOWER STRASSE 51
12307 BERLIN • FAX 0 30 / 8 84 71 78 99

Nun sind die Bürger gefragt!

Seit dem 26. 6. 2002 steht den Kreispolizeibehörden das landeseinheitliche Befragungsinstrument „Allgemeine Bürgerbefragung“ für den Einsatz zur Verfügung.

Warum ist die Meinung der Bürgerinnen und Bürger so wichtig?

Bisher hat sich die nordrhein-westfälische Polizei bei der Planung und Durchführung ihrer Aufgabenwahrnehmung überwiegend an so genannten harten Daten orientiert. Maßgeblich waren und sind zum Beispiel Informationen aus der Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik. Neben der objektiven Sicherheitslage, also der tatsächlichen Verkehrsunfall- und Kriminalitätsbelastung, ist aber immer stärker auch die subjektive Sicherheitslage, also die von den Bürgerinnen und Bürgern „gefühlte“ Verkehrsunfall- und Kriminalitätsrisikosituation, in das Blickfeld der Polizei gerückt. Es kommt eben nicht nur darauf an, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicher leben können, sondern auch darauf, dass sie sich sicher fühlen. Schließlich ist die Freiheit von Kriminalitäts- und Verkehrsunfallfurcht ein wichtiges Stück Lebensqualität.

Wie groß die Angst von Bürgerinnen und Bürgern vor Kriminalität und Verkehrsunfällen ist, hängt also nicht nur von mehr oder weniger zutreffenden Fallzahlen (hierbei ist immer auch ein gewisses Dunkelfeld, also die Unfälle oder Straftaten, die der Polizei gar nicht bekannt werden, zu beachten) ab, sondern auch von weiteren Faktoren:



- Wie viel Vertrauen setzen die Bürgerinnen und Bürger in die Kompetenz ihrer Polizei, Straftaten und Verkehrsunfälle aufzuklären und zu verhüten (Image)?
- Wie groß ist die Kluft zwischen realer und empfundener Verkehrsunfall- und Kriminalitätsbelastung?
- Gibt es so genannte Angst-Orte (Orte, die aus Kriminalitätsfurcht nicht oder nur eingeschränkt aufgesucht werden)?
- Welche Akzeptanz haben die Aktivitäten der Polizei bei der Bevölkerung in ihrem Zuständigkeitsbereich?
- Wie wird in den Medien über Straftaten und Unfälle berichtet?

Zeitgemäße Polizeistrategie bedeutet deshalb, nicht nur Straftaten und Verkehrsunfälle zu verhüten und aufzuklären, sondern auch, die Ängste, Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfragen und in die Maßnahmenplanung mit einzubeziehen. Ein Instrument, diese Ängste, Bedürfnisse und Erwartungen zu erfassen, ist die „Allgemeine Bürgerbefragung“!



Unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt und getestet

Zu Beginn stand die Frage: Was muss die Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern wissen, um ihre Arbeit an deren Bedürfnissen und Erwartungen auszurichten? Dazu wurden Fachleute aus allen polizeilichen Bereichen gefragt. Damit das Befragungsinstrument zu wirklich verwertbaren Ergebnissen führt, wurden zudem Wissenschaftler eingebunden, welche unter anderem die Verständlichkeit der Fragen und/oder die Eindeutigkeit der Fragestellung überprüften. Das aus mehreren Bausteinen (Modulen) bestehende Befragungsinstrument musste zum Ab-

schluss noch einen Praxistest bestehen. Wie bei der Entwicklung, war auch bei der Erprobung die wissenschaftliche Begleitung sehr hilfreich. Im Ergebnis liegt nun ein landeseinheitliches Befragungsinstrument vor, das den wissenschaftlichen Kriterien genügt und den Informationsbedarf einer Kreispolizeibehörde erfüllt. Vor einer erstmaligen Befragung werden die Behörden vom Beratungsteam Steuerung und Führung u. a. über die Einsatz- und Auswertemöglichkeiten informiert, das nötige „Know-how“ wird im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung beim PFI „Carl Severing“ in Münster vermittelt.

Die Ergebnisse und ihre Auswirkungen auf die polizeiliche Praxis

Nach Durchführung einer Bürgerbefragung ist die Analyse der Befragungsergebnisse von besonderer Bedeutung. Dabei hilft die ebenfalls für die Behörden kostenlos zur Verfügung stehende Auswertungssoftware. Diese Software strukturiert die Daten und stellt sie anschaulich für eine gründliche Analyse tabellarisch und grafisch dar.

Ob die „Allgemeine Bürgerbefragung“ für die Bürgerinnen und Bürger und für die Polizei in NRW ein Erfolg wird, hängt in erster Linie davon ab, wie umsichtig die aus ihr gewonnenen Erkenntnisse in die konkrete Maßnahmenplanung und Öffent-

lichkeitsarbeit der Polizeibehörden einbezogen werden. Eines ist klar: wenn die Bürger von ihrer Polizei nach ihrer Mei-

nung gefragt werden, erwarten sie auch, dass die Polizei sie ernst nimmt und auch danach handelt. ■

FOCUS-Umfrage als „Polizei-TÜV“ – Allgemeine Bürgerbefragungen

Wie wichtig ein differenziertes Meinungs- und Stimmungsbild zur Polizei ist, zeigt ein Artikel des Nachrichten-Magazins FOCUS Ende April 2002:

Das Emnid-Institut für Meinungsforschung hatte im Auftrag des FOCUS eine Umfrage zum Ansehen der Polizei im Bundesländervergleich durchgeführt. Insgesamt wurden bundesweit 7000 Bürgerinnen (je 250 je Bundesland und in den größeren Städten) zu ihrem persönlichen Sicherheitsempfinden, ihren Erfahrungen mit der Polizei und zum Ansehen der Polizei befragt. Zur Erinnerung: NRW erhielt in den Hauptkriterien (Ansehen, Zufriedenheit, Präsenz und Erreichbarkeit, Zuverlässigkeit) gute bis zufriedenstellende Werte. Ein Hauptproblem dieser Umfrage, deren Wiederholung in gewissen Zeitabständen künftig zu erwarten sein wird, ist, dass sie als repräsentativ gilt und dementsprechend öffentlichkeitswirksam ist. Dabei ist die Datenbasis dieser Umfrage viel zu klein, als dass aus den Ergebnissen z.B. spezifische regionale oder örtliche Probleme abgelesen werden können. Die Umfrage wirft lediglich Schlaglichter auf Stimmungsbilder, ohne die erforderlichen Ansätze zur Steuerung auf Landesebene oder vor Ort zu bieten. Deutlich differenzierter und genauer sind die Erkenntnisse, die aus den „Allgemeinen Bürgerbefragungen“ gewonnen werden können, weil sie auf einer erheblich größeren Datenbasis beruhen. Statt 250 Personen je Bundesland bzw. Großstadt wie bei der FOCUS-Umfrage werden hier 1000 bis 1500 je Kreispolizeibehörde befragt. Damit besteht die Möglichkeit, differenziert auszuwerten und zielgerichtet dort mit Maßnahmen anzusetzen, wo beispielsweise eine deutliche Diskrepanz zwischen Sicherheitsgefühl und objektiver Sicherheitslage feststellbar ist.

Darlehen supergünstig Festzins ab *1) 4,7% effektiver Jahreszins Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. B.a.L. od. DO-Angest., 35 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30000,- €, mtl. *315,- €, bei 60000,- €, *630,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,45%, effektiver Jahreszins ab 6,25%, b. 12 Jahre, Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre, Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung, *1) Extradarlehen Festzins bei 8 Jahre ab 4,7% effektiver Jahreszins mit neuem Bausparvertrag, Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EHZ, Schulfreie Eurokredite bis 100000,- € mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage, Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/G.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung, Beamtenkredite und mehr – testen auch Sie unsere Leistungsfähigkeit.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. **Mein Wunsch:** _____ €
Name: _____ **keinerlei Vermittlungskosten**
Straße: _____ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**
Ort: _____ **Internet: www.ak-finanz.de**

Info und Sofortangebote
unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefon: (06 21) 51 10 31, Telefax: (06 21) 51 94 88,
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Polizeiausbildung hautnah – Neuer Weg der Personalwerbung miterlebt bei der ersten Polizei-Ausbildungsbörse in NRW



Über 700 Schülerinnen und Schüler besuchten die erste Polizeiausbildungsbörse.
Fotos: Jan Potente

Über 700 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 35 weiterführenden Schulen des Regierungsbezirkes Detmold besuchten die erste Polizei-Ausbildungsbörse in NRW auf dem Gelände des Polizei-ausbildungsinstitutes „Erich Klausener“ (PAI „EK“) in Schloss Holte-Stukenbrock. Organisiert und durchgeführt wurde die sehr gut besuchte ganztägige Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Detmold, der Abteilung Werbung und Auswahl der Direktion für Ausbildung der Polizei (PAD), dem PAI „EK“, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FH ö. V. NW) und den Einstellungsberatern des Bezirkes.

„Wir beschreiten mit der ersten Polizei-Ausbildungsbörse in NRW einen neuen, verheißungsvollen Weg der Personalwerbung“, erläutert Günter Möllers, Leiter PAD, und ergänzt: „Wir wenden uns direkt an die Zielgruppe derjenigen, die das Abitur oder die Fachhochschulreife im nächsten Jahr erwerben wollen. Durch hautnahes Miterleben polizeilicher Ausbildungs- und Alltagssituationen soll bei möglichst vielen das Interesse für den Polizeiberuf gesteigert werden. Ziel ist es, auch für 2003 eine möglichst hohe Anzahl von Bewerbern zu erlangen, damit wir auch künftig unseren Nachwuchs nach dem Prinzip der ‚Bestenauslese‘ gewinnen können.“

Dieses Konzept kam anscheinend auch bei den jungen Besuchern gut an: Im Vorfeld hatten die Einstellungsberater der

örtlichen Kreispolizeibehörden bereits Kontakt mit den Schulen aufgenommen, sodass vor der Veranstaltung bereits 655 namentliche Anmeldungen von potentiell interessierten Schülern und Schülerinnen vorlagen. Ergänzt wurde die Werbung durch eine Homepage der BR Detmold. Spontan angereiste Gäste erhöhten die Besucherzahl schließlich auf über 700! Die angemeldeten Teilnehmer wurden von Polizeibussen an ihren Schulen abgeholt und nach Abschluss der Ausbildungsbörse natürlich auch wieder zurückgebracht. Im Tagesverlauf wurde ihnen ein informatives und abwechslungsreiches, aber auch anstrengendes Programm geboten. An insgesamt 11 Stationen wurden Teile der fachpraktischen Studieninhalte präsentiert. Hautnah miterlebt werden konnten Verkehrsunfall- und Tatortaufnahme, Kriminaltechnik, Fahr- und Sicherheitstraining, Schieß- und Nichtschießausbildung, Kommunikationstechnik sowie Verkehrskontrollen. Gern hätten die Besu-



cher noch mehr Zeit gehabt, um selbst „mitmachen zu können“; der Ablaufplan musste jedoch bei dieser ersten Ausbildungsbörse wegen des großen Besucherandrangs noch recht eng gestaltet werden.

Betreut wurden die Schüler und Schülerinnen von Studierenden, die sich selbst erst seit weniger als einem Jahr an der FH ö. V. NW in der Polizeiausbildung befinden und derzeit ihre fachpraktische Studienzeit beim PAI „EK“ absolvieren. Diese so genannten „Guides“ schafften es problemlos, eine lockere „Informations-Atmosphäre“ zwischen Gleichaltrigen herzustellen, was auch die anwesenden Einstellungsberater bei ihren Kontaktgesprächen zu schätzen wussten.

Um die Wirkung dieser ersten Polizei-Ausbildungsbörse in NRW evaluieren zu können, füllten die BesucherInnen einen Fragebogen aus. Die noch am Veranstaltungstag ermittelten Zwischenergebnisse waren durchweg positiv:

Weitere Auswertungen werden sich noch anschließen und schließlich bleibt das tatsächliche Bewerberaufkommen für das Jahr 2003 im Regierungsbezirk Detmold abzuwarten, um dann auch einen verlässlichen Indikator für den Erfolg der Veranstaltung zu haben. Die BR Detmold hat entsprechende Evaluationsschritte vorbereitet. „Wir sind mit der Veranstaltung sehr zufrieden und hoffen auf einen deutlich positiven Trend bei den Bewerberzahlen im Bezirk“, ziehen der Institutsleiter Udo Möller und der Dezernent für Aus- und Fortbildung bei der Bezirksregierung Detmold, Thomas Kubera, ein gemeinsames Fazit. Sie bedankten sich auch bei den insgesamt 222 Mitarbeitern, die „sich vorbildlich bei der Durchführung dieser ersten Polizei-Ausbildungsbörse engagiert haben“.

Volker Huß, BR Detmold

Werner Lohn, PAI „Erich Klausener“

Zur Situation

Die Situation: Seit Einführung der zweigeteilten Laufbahn in diesem Jahr besteht nur noch für Abiturienten und Inhaber der Fachhochschulreife die Möglichkeit, sich bei der Polizei zu bewerben. Damit steht die Polizei in konkretem Wettbewerb mit anderen Institutionen, die um dieselbe Zielgruppe werben. In 2002 bewarben sich knapp 6 000 junge Leute, von denen 1 026 eingestellt werden konnten. Für die kommenden Jahre ergibt sich das Erfordernis, mit kreativen Werbemaßnahmen bereits ein Jahr vor dem Einstellungstermin auf die potentiellen Bewerbergruppen zuzugehen, um mit einer ausreichend hohen Bewerberzahl das Prinzip der „Bestenauslese“ auch in Zukunft gewährleisten zu können. Ein praktischer Einblick in realistische Ausbildungssituationen in Form einer „Polizei-Ausbildungsbörse“ stellt eine sehr gute Möglichkeit dar, die interessanten und vielfältigen Aufgabenbereiche des Polizeiberufs zu demonstrieren. Die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf das Image der Polizei NRW sind dann besonders glaubhaft und wirksam, wenn alle Polizeibediensteten über neue Wege der Personalwerbung informiert sind und so als Multiplikatoren in ihrem persönlichen Umfeld wirken können.

Die BR Detmold hat auf der Homepage der Bezirksregierung www.brdt.nrw.de eine Unterseite „Nachwuchswerbung Polizei NRW“ geschaltet. Im Vorfeld der Veranstaltung war hier das Programm zur Ausbildungsbörse einsehbar. Interessenten hatten ferner die Möglichkeit über verschiedene Links ihre Einstellungsberater in den Kreispolizeibehörden zu erreichen. Ferner befinden sich auf der Website auch Grundinformationen zur Bewerberlage im Regierungsbezirk sowie wichtige Links, u. a. zur Abteilung Werbung und Auswahl.

So erreichen Sie uns: Infoline: 08 00/7 22 22 00
Internet: www.polizei.nrw-wa.de
E-Mail: polizei@muenster.de

Darlehen mit Lebensversicherung

Jetzt Träume erfüllen

Wer sein Leben aktiv gestaltet, hat Ziele und Wünsche: Das Studium der Kinder soll finanziert werden oder ein neues Auto. Beamte auf Lebenszeit erhalten besondere Darlehensbedingungen in Verbindung mit einer Lebensversicherung der Hamburg-Mannheimer: beispielsweise z. Zt. 5,95% nominal und 6,53% effektiv bei 12 Jahren Laufzeit (Stand: 11. 9. 2001). Getilgt wird am Schluss durch die Lebensversicherung. Übrigens: Auch zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen ist das Beamtendarlehen geeignet.

Fragen Sie unsere Experten auch nach den Darlehens-Konditionen für den öffentlichen Dienst sowie die Inanspruchnahme der Riester-Rente:

Filialdirektion Münster:
Ruf (02 51) 53 02 90
Fax (02 51) 5 30 29 19

Filialdirektion Köln:
Ruf (02 21) 5 72 03 10
Fax (02 21) 5 72 03 15

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.





Qualitativ hohe Polizeiarbeit wurde u. a. an Hand von Beispielen aus Recklinghausen (Leitstelle) ...



... und der API Kamen (Verkehrsunfallaufnahme) dargestellt.
Fotos: Jan Potente

Einladung zum Qualitätskongress 2002

„Qualität unserer Arbeit“

- *Sie leiten eine Dienstgruppe oder ein Kommissariat, einen Einsatztrupp oder eine Kradgruppe bzw. Sie sind Zugführer/in oder Leiter/in einer anderen Basis-Organisationseinheit?*
- *Sie sind interessiert daran, die Qualität polizeilicher Arbeit weiter zu verbessern?*
- *Sie sind neugierig auf Erfahrungen anderer, wie sie die Aufgabenwahrnehmung im eigenen Wirkungskreis optimiert haben?*

Dann kommen Sie am 15. 11. 2002 in das „Haus der Technik“ nach Essen.

Der Kongress „Qualität unserer Arbeit“ bietet Ihnen die Möglichkeit, unter anderem mit Innenminister Dr. Fritz

Behrens, dem Vorsitzenden des Polizei-Hauptpersonalrates, dem Abteilungsleiter Polizei im Innenministerium, dem Inspekteur der Polizei, dem Landeskriminaldirektor und Ihren Kolleginnen und Kollegen, die vergleichbaren Herausforderungen im täglichen Dienst gegenüber stehen, über Ihre Rolle und Ihr Selbstverständnis als Führungskraft zu diskutieren. Sie können sich über gelungene Beispiele aus der Praxis informieren und dabei den Blick „über den Tellerrand“ der eigenen Organisation oder Behörde richten. Vertreter aus Basis-Organisationseinheiten unterschiedlicher Polizeibehörden geben Ihnen einen Einblick, wie sie und ihre Mitarbeiter/innen die Qualität ihrer Arbeit gesichert bzw. verbessert haben.

Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ können Sie mit den Referenten diskutieren und sich an verschiedenen Ständen informieren zu den Fragen

- welche Verfahren und Methoden am besten geeignet sind und
- wie Sie die Qualität in der täglichen Arbeit sichern bzw. verbessern können.

Im Vordergrund steht vor allem der gemeinsame Austausch individueller Erfahrungen bzw. unterschiedlicher Lösungsansätze – Lernen vom anderen.

Die Anmeldemodalitäten können Sie bei Ihren Führungsstellen erfragen.

Für weitere Informationen (z.B. zum Programm oder zu den Anfahrt- und Parkmöglichkeiten) wählen Sie die Info-Hotline des PFI „Carl Severing“ Münster: Telefon: 02 51-77 95-4 12

Fax: 02 51-77 95-1 09

CN-Pol: 07-6 71-4 12

E-Mail: Yvonne.Luwelsmeier@muenster-pfi.polizei.nrw.de

Mehr als 500 Interessierte erhalten Gelegenheit, sich zusammen mit Innenminister Dr. Fritz Behrens und weiteren Vertretern des Innenministeriums über praktische Erfahrungen zu informieren.

Innenminister Dr. Fritz Behrens: „Ich weiß, dass Veränderungsprozesse immer auch als Belastung empfunden werden. Wir können Herausforderungen annehmen und vieles abkürzen, wenn wir auch bereit sind, Erfahrungen auszutauschen und von anderen zu lernen.“





Mitarbeiterorientierung
Einführung und Überprüfung
eines Mitarbeitergesprächssystems
bei der KPB Viersen.
Fotos: Jan Potente



Lernen vom anderen



Einführung und Überprüfung eines Mitarbeiter- gesprächssystems

Das Projekt

„Wenn jemand weiß, was noch besser gemacht werden kann, dann sind es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um deren Arbeit es geht – und natürlich die Bürger und Kunden, für die wir Dienstleistungen erbringen!“

Vor dem Hintergrund dieses Behördenleitsatzes wollen Behördenleitung und Personalvertretung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung des Steuerungs- und Führungssystems beteiligen, umso die Arbeitszufriedenheit und damit auch die Leistungsbereitschaft zu erhöhen.

Vor, während und nach der Umsetzung von Neuerungen oder Weiterentwicklungen wird die Einschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfragt.

Dies war bei der Einführung der Kriminalwache am Ende des Probelaufs, bei dem neu entwickelten Verfahren zur Besetzung von Funktionsstellen, dem neuen Servicecenter bei der Polizeiinspektion Ost im Kempen und auch beim Mitarbeitergesprächssystem der Fall. ▶

Mitarbeitergespräche sind erfolgreich, wenn Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Sinn und Nutzen überzeugt sind.



Kreispolizeibehörde

Das Mitarbeitergespräch (MAG)

Für den Geschäftsbereich des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen gelten die Grundsätze für Zusammenarbeit und Führung. Das Mitarbeitergespräch ist darin verankert.

Auszüge aus Handlungsempfehlung A:

- „Verwaltung funktioniert nur, wenn darin Beschäftigte miteinander reden.“
- „Eine wesentliche Führungsaufgabe ist es, die notwendigen Kommunikationsabläufe sicherzustellen.“
- „Führen über Ziele, die ein unverzichtbares Steuerungsinstrument in einer modernen und professionell geführten Verwaltung darstellen, erfordern unabhängig von den vielfältigen Gesprächskontakten in der täglichen Arbeit turnusmäßig stattfindende, umfassende Gespräche.“

Die Grundsätze sind im Intranet der Polizei NRW nachzulesen (Weitere/Angebote/Ministerien/IM/Stichworte A-Z). Auch wenn es unumstritten ist, dass ein

funktionierendes Mitarbeitergesprächssystem unverzichtbar für eine positive Zusammenarbeit ist, sind die Führungsverantwortlichen in Viersen davon ausgegangen, dass Mitarbeitergespräche letztlich wenig erfolgreich sind, wenn es nicht gelingt, Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Sinn und Nutzen dieser Gespräche zu überzeugen.

Einführung eines Mitarbeitergesprächsystems

Diese Idee wurde keineswegs vom ersten Augenblick an von allen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Führungskräften mit uneingeschränktem Beifall bedacht. Argumente wie „Wir reden doch sowieso jeden Tag miteinander“ oder „Haben wir nichts Wichtigeres zu tun, als ständig neue Projekte zu erfinden“ sind hier nur einige Beispiele. Die Ausgestaltung erfolgte daher mit einem hohen Maß an Mitarbeiterbeteiligung. Eine Arbeitsgrup-

pe, bestehend aus Führungskräften und Basismitarbeitern, erarbeitete gemeinsam mit der Personalvertretung und der Gleichstellungsbeauftragten ein Konzept. Alle Führungskräfte wurden mit entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen (3 x 2 Tage) auf die Mitarbeitergespräche vorbereitet. Der gemeinsam erarbeitete Leitfaden wurde in mehreren Schritten mit allen Organisationseinheiten abgestimmt.

Seit 1999 finden Mitarbeitergespräche in Viersen periodisch wiederkehrend statt. Damit wird sichergestellt, dass unabhängig vom Alltagsgeschäft mit jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter mindestens einmal jährlich ein anlassungsunabhängiges Mitarbeitergespräch geführt wird. Die Gespräche führt die jeweilige Führungskraft, und zwar auf allen hierarchischen Ebenen. Der vergangene Zeitraum ist ebenso Thema wie die Vereinbarungen für die Zukunft, die beruflichen Perspektiven sowie die individuelle Fortbildungsbedarfserhebung. Wesentliche Gesprächsinhalte sowie alle (Ziel-)Vereinbarungen werden von den Gesprächspart-



Auch im Alltagsgeschäft werden einmal jährlich anlassunabhängig Mitarbeitergespräche geführt.

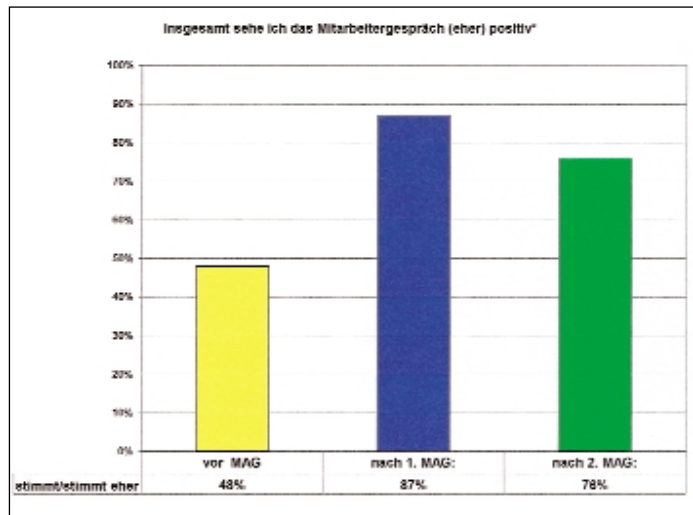
Viersen



nen dokumentiert und spätestens beim nächsten Mitarbeitergespräch wieder thematisiert. Die Unterabteilungen, der Abteilungsstab sowie die Abteilung VL gewährleisten in eigener Zuständigkeit, dass die Gespräche tatsächlich geführt werden.

Ergebnisse

Insgesamt wurde bisher dreimal die Einschätzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhoben. Dies geschah vor der Einführung des neuen Systems, unmittelbar nach der ersten und nach der zweiten Durchführung von Mitarbeitergesprächen. Das Schaubild zeigt, dass sich die Bewertungen der Befragungsteilnehmer nach anfänglicher Skepsis vor der Einführung der Mitarbeitergespräche über eine „leichte Euphorie“ unmittelbar nach dem ersten Durchlauf nun zu einer stabilen Dreiviertelmehrheit für das MAG hin entwickelt haben. Diese zustimmende Bewertung der Mehrheit, die sich auch bei anderen Fragestellungen abzeichnete, veranlasste die Behördenleitung dann



auch, das „erprobte“ System dauerhaft einzuführen.

Die Erhebungen belegten allerdings auch die These, dass man nicht von vornherein bei der Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Begeisterung für die Einführung des Mitarbeitergesprächssystems erwarten kann. Wenn es dann aber eingeführt ist, wird der Nutzen offenbar von einer großen Mehrheit positiv bewertet – wenn denn die Gespräche tatsächlich und richtig durchgeführt werden. ▶



Durchschnittlich 85% der Befragungsteilnehmer bewerteten positiv die Einhaltung konkreter Gesprächsvereinbarungen.

steuerung und führung.polizei.nrw

Durchschnittswerte reichen als Controllingdaten nicht aus

Die Modifizierung der Erhebungsmethode bei der dritten Befragung erbrachte allerdings weitergehende Erkenntnisse. Die ersten beiden Befragungen erfolgten anonym und ließen keinerlei Rückschlüsse auf die Zugehörigkeit der Befragungsteilnehmer zu einer Organisationseinheit zu. Es gab aber deutliche Anzeichen dafür, dass die jeweiligen Führungskräfte das Mitarbeitergespräch unterschiedlich umsetzen. Dies führte in den verschiedenen Organisationseinheiten auch zu einer unterschiedlichen Bewertung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Erhebungsbogen wurden daher im Einvernehmen mit Datenschutzbeauftragtem und Personalvertretung so codiert, dass die Anonymität der Befragten gewahrt wurde, die Ergebnisse aber nicht nur den Durchschnittswert für die gesamte Behör-

de, sondern auch für die einzelnen Unterabteilungen, den Abteilungsstab sowie die Abteilung VL abbildeten.

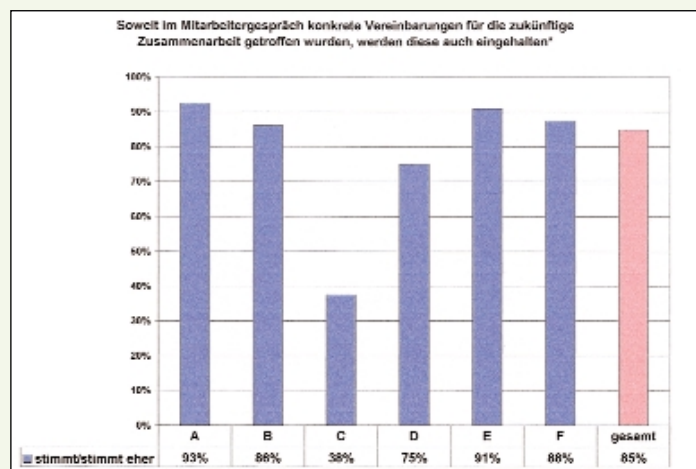
Das Schaubild zeigt beispielhaft die unterschiedlichen Einschätzungen in den verschiedenen Organisationseinheiten. Es war ebenso erfreulich wie überraschend, dass bei der dritten Befragung durchschnittlich 85% der Befragungsteilnehmer die Werte „stimmt“ und „stimmt eher“ angegeben haben. Dieser Wert entsteht insbesondere dadurch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennen, dass konkrete Vereinbarungen für die

zukünftige Zusammenarbeit nicht nur getroffen werden, sondern tatsächlich eingehalten werden.

Kontaktadresse

Kreispolizeibehörde Viersen
Abteilung VL, Dez. 2
Lindenstraße 50
41747 Viersen
Telefon: 0 21 62-3 77-0
CN – Pol: 07-2 53-47 00

* Bewertungen: stimmt, stimmt eher, stimmt eher nicht, stimmt nicht



Landespräventionsrat NRW eingerichtet

– durch Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit, Polizei und Justiz sollen die Ursachen von Gewalt und Kriminalität stärker bekämpft werden.

Neue Wege bei der Kriminalitätsvermeidung geht Nordrhein-Westfalen mit dem jetzt eingerichteten Landespräventionsrat. „Der gesellschaftsübergreifende Landespräventionsrat bietet die Möglichkeit, durch Einbeziehung möglichst vieler Fachgebiete und Interessen Strategien zur Verhinderung von Kriminalität zu entwickeln. Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und uns nicht darauf beschränken, Symptome zu kurieren“, erklärte NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens bei der Aushändigung der Berufungsschreiben an die Mitglieder des Landespräventionsrates.

Der fachübergreifende Präventionsrat, dem beim Innenministerium eine Geschäftsstelle zur Seite gestellt wird, soll auf Landesebene die gute Arbeit und die vielfältigen Ansätze der vielen hundert örtlichen Initiativen, der kriminalpräventiven Räte, der Ordnungspartnerschaften und der runden Tische vernetzen und unterstützen. Er ist gleichzeitig Ansprechpartner der von Bund und Ländern gegründeten Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ mit Sitz in Bonn.

Das 20-köpfige Gremium mit Vertretern aus Wissenschaft, Medien, Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden, Kommunen, Kirchen und Gesellschaft soll die Landesregierung wissenschaftlich beraten und ihr praktische Erfahrungen aus der Präventionsarbeit vermitteln. Der Lan-

despräventionsrat soll die Arbeit möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen und Verbände bündeln, auf bestimmte Zielgruppen fokussieren und Projekte anregen. Auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit soll dabei ein inhaltlicher Schwerpunkt sein.

Wertvolle Impulse soll der Landespräventionsrat insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität geben. Vor allem komme es hier auf eine möglichst enge Zusammenarbeit von Schule, Polizei, Justiz und Jugendarbeit an. Aber auch bei den Eltern soll ein neues Problembewusstsein geschaffen werden. ■



Im NRW Landtag wurden den Mitgliedern des Präventionsrates von Minister Behrens die Berufungsschreiben ausgehändigt.

Foto: Jan Potente

 **AUTOKAUF** 
zu **TOP-KONDITIONEN**

▶ **Neuwagen** ▶ **Gebrauchtwagen**
▶ **Jahreswagen** ▶ **Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!**

Informieren Sie sich!
Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus

 **(0 22 07) 76 77**

Wasserrettungsübung der Polizeitaucher des Landes NRW



Das Aus- und Fortbildungsprogramm wird für Polizeitaucher in NRW dezentral bei der Bereitschaftspolizei Wuppertal angeboten. Als „Ausbildungsbehörde“ führt die Technische Gruppe der 2. BPT neben bedarfsorientierten Taucherlehrgängen regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen für ihre Polizeitaucher durch.

Im Rahmen des letzten Seminars wurde eine mehrtägige Rettungsübung angelegt. Das Fortbildungsseminar hatte das Ziel, die Kompetenz der Polizeitaucher auf dem Gebiet der Wasserrettung zu erhöhen. Zudem sollten sie schrittweise an das Arbeiten mit Hubschraubern und deren Anbaugeräten herangeführt werden. Die Übung fand im Raum Remscheid an der Wuppertalsperre statt. Neben den Taucherguppen der 1.–3. BPT waren die Berufsfeuerwehr Remscheid und der SAR („Search and Rescue“) der Bundeswehr beteiligt.

Für den SAR stellte das 3. Lufttransportgeschwader 61 – Luftwaffenstützpunkt

Nörvenich – einen Hubschrauber BELL UH 1 D zur Verfügung. Der Hubschrauber ist mit einer Innenrettungswinde ausgestattet. So können in Zusammenarbeit zwischen Hubschrauberbesatzung und Polizeitaucher Verunfallte bzw. hilflos auf dem Wasser treibende Personen stabilisiert und gerettet werden.

Am ersten Tag wurden die Teilnehmer vor Übungsbeginn intensiv in die Sicherheitsbestimmungen beim Lufttransport von Kräften mit Hubschraubern und für die Arbeiten mit der Innenrettungswinde eingewiesen. Darüber hinaus stellte der Bereitschaftsdienst des SAR den Polizeitauchern einen vollständig ausgestatteten SAR-Rettungshubschrauber sowie dessen Einsatzmöglichkeiten vor.

Nach der Theorie hatten die Taucher die Möglichkeit, den Umgang mit der Innenrettungswinde in die Praxis umzusetzen. Auf dem Truppenübungsplatz Drover



Heide wurden Einzelwischverfahren aus Höhen zwischen 20 und 35 m über Grund durchgeführt.

Am zweiten Tag wurde dann die eigentliche Wasserrettungsübung in zwei Übungssequenzen abgehalten. Zunächst wurde das Absetzen vollständig mit autonomen Leichttauchgeräten ausgerüsteter Polizeitaucher mittels „Flachwasserdrop“ geübt. Sinn und Zweck eines solchen Manövers ist das schnelle Verbringen von

Einsatztauchern in ein Gewässer, um sofortige Rettungsmaßnahmen durchzuführen. Das Absetzen der Polizeitaucher erfolgte im Schwebeflug mit leichter Vorwärtsbewegung aus circa 5 m Höhe. Kurz vor Erreichen des Zielpunktes nahmen die eingeteilten Teams die für dieses Manöver notwendige Position auf den Kufen des Hubschraubers ein. Bei Erreichen der Zielposition verließen nach Absprache mit dem Bordwart jeweils 2 Taucher gleichzeitig das Luftfahrzeug über die Kufen beider Seiten.



Hubschraubers mittels Innenrettungswinde wieder aufgenommen. Die Winschmanöver wurden in einer Höhe von etwa 30m über der Wasseroberfläche durchgeführt.

Das Übungsziel wurde aus Sicht der Taucherlehrer des PP Wuppertal in vollem Umfang erfüllt. Die Übungsteilnehmer haben nach anfänglichem Zögern die Scheu vor dem Einsatzmittel Hubschrauber verloren und sind in der Lage, Arbeiten mit Rettungswinde und -schlinge durchzuführen.

*Thorsten Schmidt,
PP Wuppertal, 2. BPT*

Im zweiten Übungsabschnitt sollten die Polizeitaucher ihre bisher erworbenen Kenntnisse zur Rettung aus der Luft mit dem Taucherdienst verknüpfen. Die Taucher agierten jeweils in Teams zu 4 Mann pro Übungsmanöver und waren als Rettungstaucher mit der so genannten „ABC-Ausrüstung“ (Taucheranzug/Halbsichtmaske/Schnorchel/Flossen) ausgestattet. Sie wurden wie zuvor aus dem Hubschrauber abgesetzt. Die Vierergruppe verblieb anschließend im Wasser und wurde nach erneutem Anflug des

ALOE VERA – „die Königin der Heilpflanzen“

Beratung & Vertrieb

Kontakt über Kollege Manfred Goy

(0 22 36) 96 39 00

www.LR-Goy.de




Der gesunde Drink – reines ALOE VERA GEL

10 Jahre Zusammenarbeit

– im Bereich Eingriffs- und Sicherungstechniken der Polizei und Justiz



POR Ingenohl, Abteilungsleiter FB 3, dankt Herrn Salih Avci und überreicht ihm als Anerkennung symbolisch ein als Geschenk umgestaltetes ausgesondertes Schutzschild.

Aus Anlass der 10-jährigen Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Fortbildung von Polizei- und Justizvollzugsbeamten in Eingriffs- und Sicherungstechniken zwischen dem Polizeifortbildungsinstitut „Carl Severing“ Münster, den Spezialeinheiten der Polizei NRW und dem Justizvollzug NRW, fand am 16. 7. 2002 im Polizeiausbildungsinstitut Selm ein Festakt statt.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde die Anwendung von Eingriffs- und Sicherungstechniken bei der Bewältigung von „Störungen“ in JVA und der Festnahme von Straftätern veranschaulicht. Eingriffs- und Sicherungstechniken beinhalten Vorgehensweisen gegen Störer und Straftäter unter Anwendung unmittelbaren Zwanges mittels körperlicher Gewalt.

Sie lösen frühere Einzeltechniken aus der „Waffenlosen Selbstverteidigung“ ab und orientieren sich ausschließlich an den Erfordernissen im Polizei- und Justizvollzugsdienst. Die Inhalte der Techniken können in Breite und Tiefe der jeweiligen Aufgabenstellung der Anwender im Polizei- und Justizbereich angepasst werden und ermöglichen die Anwendung körperlicher Gewalt unter Beachtung von Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Das System der Eingriffs- und Sicherungstechniken basiert auf Avci Wing Tsun. Es wurde seit 1992 in Zusammenarbeit der Spezialeinheiten NRW, des Polizeifortbildungsinstitutes „CS“ Münster, der Justizvollzugsschule NRW und Herrn Salih Avci von der Wing Tsun Akademie Köln, entwickelt und wird ständig fortgeschrieben. In der Aufbau- und Entwicklungsphase ist es gelungen, aus dem als „hart“ geltendem Wing Tsun Techniken zu entwickeln, die dem hohen Anspruch rechtmäßiger Anwendung unmittelbaren Zwanges gerecht werden und die es ermöglichen, die Anwendung dieser Techniken als System zu vermitteln. Ein besonderes Augenmerk

wird bei der Ausführung der Techniken auf taktisch richtiges Vorgehen beim Handeln in Teamarbeit gelegt. Seit Mitte der 90er-Jahre wurde an der Justizvollzugsschule NRW das Lehrfach „Training von Eingriffs- und Sicherungstechniken“ und bei den Spezialeinheiten der Bereich Eingriffstechniken eingeführt. Die Anwendung der Techniken bei der Bewältigung von Einsätzen der Spezialeinheiten und bei Störfällen in den Bereichen der Justiz hat sich bewährt. Unter anderem auch, weil sie unspektakulär und hoch wirksam sind. Einem breiten Publikum aus dem Bereich Justiz, Polizeianwärtern, Fachlehrern und Angehörigen von Spezialeinheiten wurden die Möglichkeiten der Sicherungs- und Eingriffstechniken in praktischen Umsetzungen anhand von Rollentrainings wie Eindringen in Räume, Teamarbeit bei Messerangriff, Zugriff an Fahrzeugen und Festnahmen in einem Café veranschaulicht. Die Vorführung fand bei den Zuschauern ein positives Echo und sorgte im Anschluss für Gesprächsstoff.

Christoph Ingenohl, FSE NRW

Justizvollzugsbeamte überältigen in einer Konfliktsituation einen Häftling in einem Haftraum.



PFA verabschiedet Studiengang 2000/2002

16 Absolventinnen und 150 Absolventen des Studienganges 2000/2002 und der türkische Hospitant, Kriminalrat Kenan Cıkar, wurden am Freitag, dem 28. Juni 2002, durch den Ständigen Vertreter des Präsidenten der Polizei-Führungsakademie, LPD Wolfgang Birkenstock verabschiedet. „Die Zeit, in der Sie den fehlenden Mut zur Veränderung auf ‚die da oben‘ abschieben konnten, ist vorbei – jetzt sind Sie am Zug“, appellierte Birkenstock an die neuen Führungskräfte. In seiner Festansprache unterstrich der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Senator Dr. Kuno Böse (Bremen) – und Minister des Innern Dr. Manfred Püchel (Sachsen-Anhalt) –, seine Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Polizei-Führungsakademie zur „Deutschen Hochschule der Polizei“. Die musikalische Begleitung hatte das Polizeimusikkorps Niedersachsen, unter Leitung vom Ersten Polizeihauptkommissar Ulrich Brettschneider, übernommen.

Das Bild zeigt die durch den Leiter der Polizeiabteilung im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Ministerialdirigent Norbert Salmon (zweite Reihe – rechts), unmittelbar zuvor ernannte Polizeirätin, Ines Kania-Zeitner, mit ihren 15 „Rats-Kollegen“.

Norbert Reckers, PFA MS

Vordere Reihe (links) Landeskriminaldirektor Enno Brillo; (rechts) Inspekteur der Polizei, Leitender Polizeidirektor Dieter Wehe; zweite Reihe (links) Ministerialrat Ulrich Lepper, Referatsleiter „Personal“ im IM NRW; hintere Reihe (links) Polizeidirektor Ulrich Welter, Leiter 1. Studienjahr bei der Direktion für Ausbildung – Selm
Die Verwendungen im Detail:
Peter Kikulski (Zentrale Polizeitechnische Dienste); Jürgen Griesing (LR Lüdenscheid), Sascha Mader (BR Arnberg), Michael Erdmann (LR Höxter), Klaus Bunse



(LR Paderborn), Holger Meier (PP Bielefeld), Norbert Latuske (PP Duisburg), Armin Helzer (PP Essen), Stefan Schwarz (PP Aachen), Jürgen Albers (LR Warendorf), Dirk Zeller (LR Coesfeld), Klaus Stockel (LR Steinfurt), Andreas Morbach und Ines Kania-Zeitner (Landeskriminalamt), Ingo Dudenhaus (PAI „Erich Klausener“ – Stukenbrock), Michael Wiegand (Innenministerium).

Wer nur samstags spielt, verpasst die

Hälfte

XXXXXX

MITTWOCHS GEWINNEN WIE SAMSTAGS.

Spielen auch im Internet: www.cyberlotto.de

Dragon-Boat-Team Polizei Mettmann



Der Personalwerbeslogan der nordrhein-westfälischen Polizei, „Teamwork-live“, stand Pate bei der Idee eine Drachenbootmannschaft – die neandercops – zu gründen. So entstand ein Team besetzt aus allen polizeilichen Ebenen (vom Wachdienst bis hin zum PI-Leiter) und verschiedenen Dienstzweigen. Hinzu kommen noch Polizeibewerber, die im September ihr Studium an der FHS begonnen haben.

„Gemeinsam in einem Boot und mit vereinten Kräften das gemeinsame Ziel erreichen“,

das ist Teamwork live, nicht nur auf dem Wasser, sondern sollte darüber hinaus auch den Grundpfeiler effektiver polizeilicher Arbeit sein.

Was also ursprünglich als Werbeidee konzipiert war, entwickelte sich nach den ersten Trainingseinheiten als feste Institution. Alle Beteiligten haben mittlerweile sehr viel Spaß bei der Sache. Trainiert

wird mit aktiver Unterstützung der Wuppertaler Drag Attacks und die stellen immerhin den amtierenden Weltmeister. Zudem wird das Team durch den Werbe- und Auswahldienst der Polizei NRW unterstützt. So wurde uns neben der einheitlichen Trainingsbekleidung auch die Boots- und die Trainingsgebühren gesponsort. Hierfür nochmals vielen Dank. Die Fahrten zu den Wettkämpfen und die jeweiligen Startgebühren von bis zu 400 Euro pro Team trägt die Mannschaft in eigener Verantwortung. Allerdings: Die Trainingseinheiten sind durch den Behördenleiter als Dienstsport genehmigt worden.

Unsere Feuertaufe hatte wir dann am 30. Juni 2002 beim 9. Bergischen Drachenbootfest in Wuppertal. Und zur Überraschung aller 28 beteiligten, teils professionellen Teams, schafften wir es im Mixed-Team (6 Frauen, 14 Männer), mit der siebtbesten Vorlaufzeit in das B-Finale. Am Ende stand für uns fest: Platz 5 in der Gesamtwertung mit der



drittbesten Finallaufzeit an diesem Tage. Mit der Euphorie und der entsprechenden Motivation im Rücken starteten wir dann auch am 24. August beim 5. internationalen Drachenboot-Cup in Hamburg und belegten sensationell den 1. Platz in der FUN-Klasse.

Weitere Regattateilnahmen in der nächsten Saison sind geplant.

Die Mannschaft ist natürlich nicht auf Kolleginnen und Kollegen unseres Kreises beschränkt. Jeder ist willkommen und wir freuen uns über jeden neuen Mitstreiter.

Trainiert wird jeden Donnerstag, von 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr auf dem Beyenburger Stausee in Wuppertal. Für weitere Auskünfte stehen wir euch gerne und jederzeit zur Verfügung. Tel.: (021 04) 9 82-22 23 (PHK Marten Harms, Personalwerbung des Kreises Mettmann)

Marten Harms

TERMIN E

42. Große Tauschbörse des Polizeisammlerkreises Frankfurt/M.

am 17. 11. 2002, ab 8.00 Uhr – 13.00 Uhr in den „Schwarzbachhallen“ in 65830 Kriftel a.Ts. BAB 66

Tischreservierung: 0 69/76 68 75

Internet: www.polizeisammler.de/boerse

Keine NS-Artikel, keine Waffen!

Tauschpartner

von Stephanie Hesse gesucht

Ich bin eine niedersächsische Kollegin KK'in – Bes. Gr. A9 – die nach NRW wechseln möchte. Da ich zurzeit im Rahmen eines Auslandseinsatzes im Kosovo tätig bin, könnt ihr mich nur per E-Mail erreichen: stefhisse@web.de



Klinik Wersbach

Spezialklinik für integrative Psychotherapie, Verhaltenstherapie und Tiefenpsychologie sowie Dermatologie und Allergologie

hilft u. a. bei ...

- ◆ allergischen Hautproblemen
- ◆ Stress
- ◆ Zwangsstörungen
- ◆ Essstörungen
- ◆ depressiver Erschöpfung
- ◆ Schlafstörungen
- ◆ Medikamentenabhängigkeit
- ◆ Tinnitus
- ◆ Mobbing
- ◆ Rückenproblemen
- ◆ Angstzuständen

Bei diesen alarmierenden Anzeichen einer psychosomatischen Erkrankung hilft nur eine Behandlung, die Körper und Seele gleichermaßen einbezieht.

In der Klinik Wersbach haben Sie die Chance auf die Beherrschung Ihrer Krankheit und die Rückkehr in ein beschwerdefreies Leben.

Die Klinik Wersbach liegt in der reizvollen Umgebung des Bergischen Landes, zentral zu Köln, Düsseldorf und Dortmund.

Wenn Sie mehr wissen möchten, greifen Sie zum Telefon.

Service-Hotline
0 21 74/3 98-0
Mo.-Fr. von 8-17 Uhr
Fax 0 21 74/3 98-3 98

Klinik
Wersbach
GmbH

Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie mit Spezialabteilung für Psychosomatische Dermatologie und Allergologie
Wersbach 20
42799 Leichlingen-Witzhelden

kl n k w r s ch

diskret
komfortabel
innovativ

Bitte besuchen Sie uns auf der:
SECURITY 2002
Stand 9-124

NEU

phonito Intra

Der kleinste Im-Ohr-Induktionsempfänger

PHONAK
communication systems

Kontaktadresse: Elmar Gärtner, Im Borsgrund 6, D-36157 Eberöding
Telefon +49 (0) 6656 9187 20, Fax +49 (0) 6656 9187 19
Mobile +49 (0) 170 8300 720, gaertner.phonak@ttda.net, www.phonak.com.ch

LPD Ernst-Dieter Standop verabschiedet

Nach knapp 42 Jahren im Polizeidienst des Landes Nordrhein-Westfalen geht Ernst-Dieter Standop in den Ruhestand. Innenminister Dr. Fritz Behrens sprach dem 60-jährigen Leitenden Polizeidirektor Dank und Anerkennung für seine Dienste aus. Als Landessportbeauftragter und Vorsitzender des Deutschen Polizeisportkuratoriums förderte er maßgeblich sportliche Höchstleistungen von Polizistinnen und Polizisten auf nationaler und internationaler Ebene. Intensiv kümmerte er sich um den Dienstsport in der NRW-Polizei.

Der in Massen geborene Standop hatte sich zuletzt in der Polizeiabteilung des Innenministeriums mit Fragen der Polizeistärke und der Verwendung der Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen befasst.

Standop wurde 1961 Polizist. Erste Erfahrungen im Streifendienst machte er Anfang der sechziger Jahre in Dortmund. Mit 25 Jahren war er bereits Polizeikommissar. Mitte der siebziger Jahre wurde er an der Polizeiführungsakademie in Münster-Hiltrup zum Polizeirat ernannt. Danach

nahm er verschiedene Führungsfunktionen wahr, u. a. als Schutzbereichsleiter in Wuppertal, als Leiter der Autobahnpolizei Arnsberg und bis 1996 als Abteilungsleiter der Polizei im Märkischen Kreis.



Von 1987 bis 1991 war er Referent im Innenministerium in Düsseldorf. Dorthin kehrte er fünf Jahre später wieder zurück. Hier war er wesentlich an der Modernisierung der nordrhein-westfälischen Polizei beteiligt. Sein Aufgabenbereich umfasste auch die Polizeireiterstaffeln und die Diensthunde der Polizei. ■

Polizeiorganisationsgesetz novelliert

Der Landtag hat Änderungen zum Polizeiorganisationsgesetz beschlossen; die Bekanntmachung der Neufassung des POG NRW ist am 5. Juli 2002 (GV. NRW. S. 308) erfolgt. Im Wesentlichen ging es dabei um eine Rechtsbereinigung sowie um die Klarstellung des Gewollten. So wurden z. B. die frühere Bezeichnung „Oberkreisdirektor als KPB“ durch „Landrätin und Landrat als KPB“ ersetzt und die Regelungen über eine organisatorisch selbstständige Bereitschaftspolizei gestrichen. Dafür enthält § 4 POG NRW nunmehr eine allgemeine Vorschrift zur Errichtung von Polizeieinrichtungen. Neu sind Bestimmungen über das Tätigwerden von nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Ausland (§ 8 Abs. 3) bzw. von



ausländischen Polizeikräften in Nordrhein-Westfalen (§ 9 Abs. 4), soweit das beispielsweise nach dem Schengener Durchführungsübereinkommen zulässig ist. Dem Landeskriminalamt obliegt anders als bisher auch die Gefahrenabwehr, wenn es selbst eine Straftat erforscht und verfolgt (vgl. § 13 Abs. 6). Darüber hinaus weist das neue POG NRW einige Verordnungsermächtigungen auf, denn insbesondere örtliche und sachliche Zuständigkeitsabgrenzungen sollen nicht mehr wie früher durch Erlasse, sondern aus rechtsstaatlichen Gründen durch Rechtsverordnungen vorgenommen werden. ■

Hundertschaftstreffen

Die Angehörigen der 9. und 10. Hundertschaft BPA III Wuppertal (Einstellungsjahr 1951) treffen sich am Freitag, dem 11. 10. 2002, ab 14.00 Uhr, im Vereinsheim des PSV Wuppertal „Bistro“, Buschland 35, 42285 Wuppertal. Übernachtungen sind möglich. Kontakt über Klaus Schumann, Vosskuhle 30, 44141 Dortmund, Tel.: 02 31/51 66 30.

Uniformeffekten und Vereinsbedarf Stumpf

Wir fertigen nach Ihren Vorlagen:

Aufnäher, Metallabzeichen, Caps u. Textilien bedruckt o. bestickt,
Fahnen, Wimpel, Aufkleber, u. v. a. m. Sammlerabzeichen (Listen gegen 3,-€)

Guggmühleweg 2, 79410 Badenweiler, Tel. 0 76 32-89 24 55, Fax 89 24 70, Stumpf-Abzeichen@t-online.de



Entzug der Fahrerlaubnis nach festgestelltem Drogenbesitz!?

Nach geltendem Recht ist eine Fahrerlaubnis zu entziehen, wenn sich der Erlaubnisinhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen als ungeeignet erwiesen hat. Hat die zuständige Behörde einen hinreichenden Verdacht, dass der Fahrerlaubnisinhaber erhebliche Eignungsmängel aufweist, kann sie ihm aufgeben, bestimmte Gutachten über seine Kraftfahrtaugung beizubringen.

Bei dem begründeten Verdacht auf den Konsum berauschender Mittel (BTM) kommt z. B. ein Drogenscreening in Betracht. Strittig war in diesem Zusammenhang bislang, ob bereits der alleinige Besitz von Rauschmitteln eine Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen begründet und ob die zuständige Behörde bei Vorliegen allein eines solchen Hinweises ein Drogenscreening als Voraussetzung zur Wiedererteilung der Fahrerlaubnis veranlassen darf.

Das Bundesverfassungsgericht hat zu dieser Problematik im Juni dieses Jahres zwei Entscheidungen getroffen.

Im ersten Fall wurde dem Beschwerdeführer, der beim Führen eines Pkw im Besitz von 5 g Haschisch war, ohne jedoch unter dem unmittelbaren Einfluss von Drogen zu stehen, Recht gegeben. Er hatte sich geweigert, ein Drogenscreening beizubringen. Die Fahrerlaubnis wurde ihm wieder erteilt.

Im zweiten Fall hatte die Polizei nicht nur Cannabisbesitz festgestellt, sondern auch die Reste eines mit Haschisch versetzten Joints im Aschenbecher des Fahrzeugs gefunden. Hier war die Anordnung der Beibringung eines Screenings durch die Straßenverkehrsbehörde rechtmäßig.



Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts kann Cannabiskonsum die Fahreignung zwar grundsätzlich ausschließen. Ein einmaliger oder gelegentlicher Konsum ohne Bezug zum Straßenverkehr begründe jedoch noch nicht den Verdacht, dass „der Betroffene den Konsum von Cannabis und die aktive Teilnahme am Straßenverkehr nicht zuverlässig zu trennen vermag oder zu trennen bereit ist“. „Erst wenn über den bloßen Besitz von Cannabis hinaus konkrete tatsächliche Verdachtsmomente dafür ermittelt worden sind“, sei somit die Screening-Anordnung als Voraussetzung der Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis rechtmäßig.

Das bisherige polizeiliche Meldeverhalten an die Straßenverkehrsbehörden wird durch die Urteile zunächst nicht berührt. ■

ENFORCER
PÜLZ GMBH

1 ANTI-MESSER-HANDSCHUHE

Außen Leder, innen Spectra (super-resistent) oder Kevlar, schützt Ihre Hände bei Messerangriffen.



Größen: S-XXL.

Kevlar-RFK 300

Best.-Nr.: 5536

Spectra-FM 2000

(schnittfester als Kevlar)

Best.-Nr.: 4526

41,- €

47,- €

2 POLIZEI-AUSRÜSTUNGSTASCHE

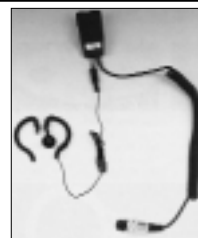
Viele Fächer, Nylon/Cordura

Best.-Nr.: 4468

56,80 €

Schriftzug Polizei, Best.-Nr.: 4205

17,50 €



3 SPRECH EINRICHTUNG

mit Lautsprecher/Mikro-Funktion. Anschlussstecker passend für Bosch FuG 10 a/ 13 a (BOS). Diese Sprechereinrichtung ersetzt die Sprechertaste am Funkgerät, sodass das Funkgerät in der Tasche bleibt.

Best.-Nr.: 4490

52,50 €

OHRHÖRER-ANSCHLUSS

passend z. B. für Sprechereinrichtung 4490. So können Passanten den Funkverkehr nicht mithören. Mit Zusatzbügel für das andere Ohr, 3,5 mm Stecker.

Best.-Nr.: 4488

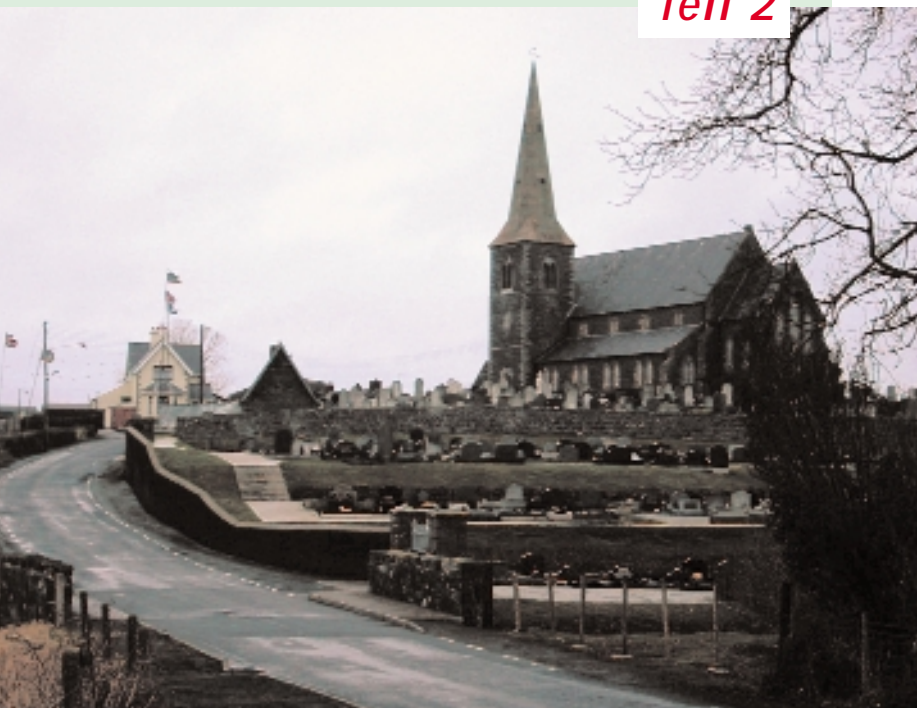
22,- €

Besuchen Sie uns:
Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr
Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr

Neuen Farbkatalog
abholen oder anfordern:
ENFORCER GmbH
Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher
Tel. (0 72 51) 96 51-0
Fax (0 72 51) 96 51-14
Filiale BERLIN: Rankestr. 14
Lieferungen nur an Behörden,
Sicherheitsdienste
und deren Angehörige!

Die Wurzeln des Nordirland-Konflikts

Teil 2



Michael Morenz von der PI Lemgo hospitierte bei der nordirischen Polizei.

Grob gesehen versuchen zwei Bevölkerungsgruppen in Nordirland ihre Interessen durchzusetzen. Zum einen sind das die protestantischen, pro-britischen Unionisten, bzw. die extremen, gewaltbereiten Loyalisten, die sich für eine Weiterführung der Union mit Großbritannien, bzw. für ein von Protestanten beherrschtes Nordirland einsetzen, und zum anderen die katholischen, pro-irischen Nationalisten, bzw. die extremen Republikaner, die eine Vereinigung mit der Republik Irland anstreben. Ein hauptsächlicher Streitpunkt im nordirischen Friedensprozess ist neben der Entwaffnung der paramilitärischen Organisationen die Umwandlung der ehemaligen Royal Ulster Constabulary (RUC) zu einer zivilen und auch für die katholische/nationalistische Minderheit akzeptablen Polizei.

In meiner Erinnerung finden sich auch nur die Schlagzeilen der Medien wieder, mit denen in den vergangenen 30 Jahren über den Nordirland-Konflikt berichtet wurde. Nach Ansicht verschiedener Autoren, die sich intensiv mit dem Nordirland-Konflikt befasst haben, liegen dessen Ursachen weit in der irischen Geschichte. Wann genau daraus der Konflikt entstand, ist schwer zu sagen.

Verschiedene Quellen sehen den Beginn des Konflikts in der Invasion anglo-normannischer Ritter aus England im Jahre 1169/70 und dem Vorhaben der britischen Monarchie, Irland zu besiedeln, bzw. dort eine anglikanische Oberschicht zu etablieren. Der Kolonisierungsplan der britischen Monarchie verlief aber nur in der Provinz Ulster erfolgreich. Hier begann Anfang des 17. Jahrhunderts die

massive Niederlassung britischer und schottischer Siedler, die fortan nebeneinander mit der gälisch-katholischen Landbevölkerung lebten. Sprache und Religion trennte sie voneinander.

In allen Jahrhunderten, vor allem im 19. und 20. Jahrhundert, gab es dann zahlreiche Befreiungsversuche der irischen Bevölkerung. Die Belagerung der Stadt Derry durch die Iren im Jahr 1689 gilt noch heute bei den Briten als der Inbegriff der Bedrohung der britischen Protestanten durch die irischen Katholiken. Die Überwindung der Belagerung und die Rückgewinnung des abtrünnigen Irland durch Wilhelm von Oranien im Battle of the Boyne (1. Juli 1690) wird bis zum heutigen Tag alljährlich mit großem Aufwand von den Unionisten, dabei ist der Oranier-Orden die aktivste Vereinigung, gefeiert.

Jedes Jahr finden in den Sommermonaten in einigen Ortschaften Nordirlands Paraden der Oranier statt, die bisher auch durch katholische Stadtviertel verliefen. Diese Märsche durch die katholischen Viertel waren in Vergangenheit und Gegenwart oft der Anlass zu teils blutigen Ausschreitungen. Nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1919 durch die irischen Unterhausabgeordneten, die sich im gleichen Jahr in Dublin als irisches Parlament konstituiert hatten, kam es zum Krieg mit England.

Die Bevölkerung in Nordirland, das nach der Teilung Irlands im Jahre 1922 weiter zu England gehörte, war überwiegend protestantisch. Die irische Republik wollte den abgetrennten Norden nicht verlo-

ren geben und verankerte den Anspruch auf eine Wiedervereinigung des Landes in die Verfassung. Für die nordirische Regierung, die wie die Polizei fast ausschließlich mit Protestanten besetzt war, wirkte das bedrohlich. Auch wegen dieser ständigen „Belagerungssituation“ wurde die in Nordirland lebende katholische Minderheit stark benachteiligt.

„The Troubles“

1967 forderten Demonstranten dieser katholisch-irischen Minderheit auf Protestveranstaltungen eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Wohnraums, ein Ende der Diskriminierung bei der Arbeitssuche und die Abschaffung des Mehrheitswahlrechts, das die mehrheitlich protestantische Bevölkerung bevorteilte. Die protestantisch-unionistische Regierung reagierte hart auf die anfangs friedlichen Proteste und wies die Polizei an, die Demonstrationen mit Gewalt zu beenden. Die Lage spitzte sich zu und es kam zu ersten gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der überwiegend protestantisch-unionistischen Polizei und katholischen Demonstranten. Als am 5. Oktober 1967 ein friedlicher Protestmarsch in Londonderry stattfand und von der Polizei niedergeschlagen wurde, erwachte die IRA (Irish Republican Army) zu neuem Leben und die Welle der Gewalt nahm ihren Anfang. Im August 1969 sah sich Großbritannien gezwungen, mit Armeetruppen in Nordirland zu intervenieren. Die Armeetruppen übernahmen die Aufgabe der Terrorismusbekämpfung, da die Lage von der Polizei allein nicht mehr beherrschbar war.

Während das Verhältnis der katholischen Bevölkerung zur Polizei also schon immer schlecht war, wurden die britischen Armeetruppen 1969 zunächst von vielen Katholiken freudig begrüßt. Die briti-

schen Soldaten wurden als neutrale Instanz gesehen. Doch schon bald verschlechterte sich das Verhältnis der Republikaner zum Militär und auch die Soldaten wurden als Symbol des verhassten britischen Staates angegriffen. Als im Januar 1972 britische Fallschirmjäger auf die Teilnehmer einer Demonstration schossen und 14 unbewaffnete Menschen töteten, kam es zum völligen Zusammenbruch der Beziehungen zwischen den britischen Soldaten und der katholischen Bevölkerung. Der „Blutige Sonntag“ ging als einer der schwärzesten Tage in die Geschichte des Nordirland-Konflikts ein.

Die dritte Gesellschaft

In den 30 Jahren der „Troubles“ war Nordirland das weltweit gefährlichste Land für Polizisten. 302 Polizeibeamte der Royal Ulster Constabulary wurden

getötet, ca. 13 000 verletzt, was etwa einem Drittel der in dieser Zeit im Polizeidienst tätigen Polizisten entspricht. Zu Beginn der „Troubles“ lebte noch ein Teil der Polizeibeamten in mehrheitlich katholischen Wohngebieten. Das änderte sich jedoch recht schnell, denn bald konnten sich die Polizisten und deren zivilen Mitarbeiter nur noch in protestantischen Wohngebieten sicher fühlen. Das galt selbst für die kleine katholische Minderheit unter den Polizeibeamten. Als im November 1985 das anglo-irische Abkommen in London und Dublin unterzeichnet wurde, das dem Süden ein eingeschränktes Mitspracherecht im Norden einräumte, fiel der RUC die Aufgabe zu, das Abkommen gegen die militanten Proteste von Unionisten und Loyalisten zu verteidigen. Das hatte zur Folge, dass sich zahlreiche Polizeibeamte genötigt sahen, nun auch die protestantischen Ar-



Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Beamte a. L., alle unkündb. Mitarbeiter des öffentl. Dienstes. Festzins ab 5,95%, effek. Jahreszins ab 6,49%, Laufzeit 12–14 Jahre. (Beispiel: beim 30jähr. kosten 20 000,- €, LZ 14 J., 211,17 €)

Blankodarlehen zum Girokontoausgleich 5 000,- €, mtl. 47,92,- €, effektiver Jahreszins 5,93%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung).

Darlehen für Hausbesitzer bis 10 000,- €, mtl. 95,83 €, effektiver Jahreszins 5,93%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung)

Hypotheken-Darlehen: Zinssatz 4,75%, effektiver Jahreszins 4,86%, 8 Jahre fest, Ausz. 100%, ges. Laufzeit 22 Jahre, Rate über die ges. Laufzeit fest. Für Kauf, Umfinanzierung, Neu- und Anbau. Weitere Angebote im Programm. Informieren Sie sich bei unseren fachkundigen Mitarbeitern. Modernisieren Sie mit KfW-Mitteln.

Vermittelt: gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH · Kopernikusstraße 15 · 37079 Göttingen
Fon (05 51) 9 98 98 44 · Fax (05 51) 9 98 98 30 · E-Mail: mphartmann@t-online.de



Einstellungen
und Abgrenzungen
prägen irische
Stadtbilder.

Fotos:
Michael Morenz

beiterviertel zu verlassen, um sich in den Wohngebieten der Mittelschicht niederzulassen. Bangor und Moira, Städte mit einer überwiegend sozialen Mittelschicht, avancierten zu so genannten „cop towns“. Aber auch aufgrund ihrer guten Bezahlung war die Royal Ulster Constabulary durch und durch eine Middle-class-Institution. Die Royal Ulster Constabulary wurde mehr und mehr zu einer „dritten community“ in der nordirischen Gesellschaft. RUC-Offiziere haben RUC-Offiziere zu Nachbarn, verkehren privat vornehmlich mit Kollegen und auch die Freunde ihrer Kinder haben Kollegen zu Vätern.

Der Friedensprozess und die Folgen für die Royal Ulster Constabulary (RUC)

Im Jahre 1998, nach gut 30 Jahre währendem Unfrieden zwischen Katholiken und Protestanten, war es schließlich gelungen, beide Lager an einen Tisch zu setzen und miteinander zu verhandeln. Die protestantischen Unionisten beharren weiterhin auf einem klaren Abrüstungsengagement der Irisch-Republikanischen Armee. Sie machen ihr weiteres Verbleiben in der Konkordanzregierung von einer schnellen Entwaffnung der Terroristen abhängig. Republikaner und gemäßigte Nationalisten, also die katholische Seite, fordern Änderungen im Plan

zur Reform der nordirischen Polizei, bevor sie in deren politischen Aufsichtsgremien Einsitz nehmen wollen.

Aus diesem Grund plant die Regierung eine deutliche Verringerung des Personals bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils katholischer Polizisten.

Grundvoraussetzung für die Erhöhung der Zahl katholischer Polizisten war die Umbenennung der Polizei. Nach der bereits erfolgten Abschaffung des Eids auf die Queen verschwanden im November des vergangenen Jahres auch die politisch besetzten Begriffe „Royal“ und „Ulster“ aus dem Namen. Am 4. November erhielt die nordirische Polizei den politisch neutraler klingenden Namen Police Service of Northern Ireland. In den nächsten Monaten wird auch die Uniform geändert. Das Emblem der Royal Ulster Constabulary mit der Krone und der irischen Harfe ist dann nicht mehr länger Bestandteil der Uniform und wird gegen ein völlig neu entworfenes Emblem ausgetauscht.

Für viele Protestanten wird die Umgestaltung der Polizei den Verlust eines gut dotierten Arbeitsplatzes bedeuten, den die britische Regierung jedoch sozialverträglich abfedern will. Zahlreiche ehemalige Polizeibeamte der Royal Ulster Constabulary planen bereits seit Monaten das Ende ihrer Karriere. Nicht wenige von ihnen bereiten sich sogar auf eine Auswanderung vor. Zwar haben RUC-

Witwen und die Northern Ireland Police Federation 400 000 Unterschriften vor der Downing Street abgeladen, trotzdem ist der Protest gegen die Umwandlung der RUC eher verhalten.

Ich wünsche allen meinen Kollegen, dass es ihnen trotz aller Widrigkeiten gelingt, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und dass Nordirland den Friedensprozess erfolgreich zu Ende führen kann. Der Weg zu einer angestrebten Normalität scheint jedoch noch weit zu sein. Während am 5. 4. 2002 die erste Gruppe von Polizeirekruten, die zu 50% aus katholischen und zu 50% aus nicht-katholischen Polizeischülern, im Ausbildungsinstitut Garnerville/Belfast den erfolgreichen Abschluss der ersten 20 Wochen ihrer Ausbildung feierlich begingen, sind in Städten wie Londonderry, in den pro-unionistischen Wohnvierteln, Plakate aufgetaucht, die katholische Interessenten auffordern sich nicht bei der Polizei zu bewerben. In Belfast erlebt die Polizei wieder eine Welle der Gewalt, die sich auch gegen sie selbst richtet, kleinere Sprengsätze explodieren wieder und einmal mehr sind Berichte über neue Bestrafungsaktionen von Spitzeln in den Medien zu finden.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und mich bei allen bedanken, die sich für die Umsetzung dieses nicht ganz alltäglichen Auslandsaufenthaltes eingesetzt haben. Die Bemühungen der nordirischen IPA-Verbindungsstelle Belfast, die einen sehr engen Kontakt zur hiesigen Verbindungsstelle Detmold unterhält, machten diese sehr interessante Hospitation überhaupt erst möglich. Mein besonderer Dank gilt Sgt. Mc Call und seiner Familie, bei denen ich während meines Aufenthaltes in Newtownards wohnte und die mich auch „außerhalb meines Dienstes“ mit nordirischer Herzlichkeit betreuten.

1 000 Treffer in der DNA-Analyse-Datei (DAD) gemeldet

Am 2. 9. 2002 wurde in Düren der mutmaßliche Vergewaltiger K. festgenommen. Der 42-Jährige soll am Januar 1993 in Mönchengladbach eine Frau vergewaltigt haben. Anschließend konnte er unerkannt flüchten. Die DNA-Spuren, die der Unbekannte an einer Zigarettenkippe hinterlassen hatte, wurden analysiert und in der DAD gespeichert.

Zum Verhängnis wurde dem Vergewaltiger nun eine gefährliche Körperverletzung, die zu einer rechtskräftigen Verurteilung führte. Auf Grund bestehender Wiederholungsgefahr wurde sein DNA-Muster Mitte diesen Jahres auf Grund richterlicher Anordnung zur Vorsorge für die Klärung künftiger Straftaten in der DAD gespeichert. Bei solchen Speiche-

rungen erfolgt automatisiert der Abgleich mit dem Datenbestand, sodass dem 42-Jährigen bei der Eingabe des DNA-Musters unverzüglich die Vergewaltigung aus dem Jahr 1993 zugeordnet wurde. Nachdem der Ermittlungsrichter Haftbefehl erließ, konnten die Beamten der Mönchengladbacher Polizei den überraschten Aachener Anfang September festgenommen.

Am 2. 9. 2002 waren in der DAD die Daten von 189 014 Personen gespeichert, 23 376 davon aus NRW. Zu diesem Stichtag waren 27 042 Tatortspuren in der Datei erfasst, davon 4 853 aus NRW, das damit mehr Tatortspuren gespeichert hat, als jedes andere Bundesland. Seit Einrichtung der DAD im April 1998 ist in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der mit ihrer Hilfe aufgeklärten Delikte stetig gestiegen.

Im vergangenen Juli hat das Landeskriminalamt in Düsseldorf 435 Tatortspuren

für die nordrhein-westfälischen Polizeibehörden gespeichert, so viele wie in keinem Monat zuvor.

Der Fachbereich „DNA-Analyse“ des Landeskriminalamtes NRW ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu einer leistungsfähigen Untersuchungsstelle ausgebaut worden.

Neben den Treffern, die in der DAD erzielt werden, führen molekulargenetische Untersuchungen aber auch bei den so genannten vergleichenden Falluntersuchungen zu Treffern. So konnten die Polizeibehörden Nordrhein-Westfalens allein während des ersten Halbjahrs 2002 in 168 Fällen durch Vergleichsuntersuchungen eine Übereinstimmung zwischen Tatortspuren und ermittelten Verdächtigen feststellen. Die Effektivität dieses Ermittlungsinstruments steht damit außer Zweifel. ■

Die Nummer für Ihren Anzeigenerfolg! Vereinigte Verlagsanstalten GmbH • Petra Hannen

Telefon (02 11) 73 57-6 33 • Telefax (02 11) 73 57-5 07

Beamtdarlehen & Finanzierungen

Informieren Sie sich über unsere günstigen Angebote!

Keine zusätzlichen Vermittlungskosten!
Keine Vertreterbesuche! Diskrete Abwicklung per Post!

Unabhängige und kompetente Beratung!

Vermittlung durch Günter Ratajczak, Am Kriehlberg 39, 76229 Karlsruhe

Anrufen zum Nulltarif: 0800/44 123 44 Fax: 0721/9 48 66 28

beamtdarlehen@t-online.de | www.beamtdarlehen.de

TOP-Finanzierung für jeden Verwendungszweck u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten

→ **Beamten-Darlehen** 12 Jahre 5,95% effektiver Jahreszins 6,53% mit garantiertem Festzins
20 Jahre 6,35 % effektiver Jahreszins 6,97%

Beispiele für 32jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:

15 000,- € monatl. 135,95 €	25 000,- € monatl. 225,30 €
40 000,- € monatl. 358,45 €	50 000,- € monatl. 448,10 €

• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •

→ **Angestellten-Darlehen** (sehr günstige Vorsorge darl., LV- u. Beamtdarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.)
Fordern Sie Ihr TOP-Angebot kostenlose Abwicklung auf dem Postweg

Andreas Wendholt
Kapital- und Anlagevermittlung
Prälat-Höing-Straße 19
46325 Borken

TEL.-NULLTARIF: 0800-3310 332
Telefax: (0 28 62) 36 04
E-Mail: info@top-finanz.de
Internet: www.top-finanz.de

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? ... nutzen Sie Ihren Vorteil!

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatseinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und

SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME

Angebot Die großzügige Darlehensvermittlung 80336 München · Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof

EUROMUENCHEN ☎ 0 89/59 15 27

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf - mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100 000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse - auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenherkredite, Teilvalutierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20 000,- €

KAPITALMARKT-RINGELTÄUBCHEN

- **Gesamtentschuldung zum Hypothekenzinssatz**, besonders geeignet zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen, Ratenbelastung dadurch um etwa die Hälfte niedriger, zusätzliche Barauszahlung möglich.
- **Darlehen für Beamte und unkündbar öffentl. Bedienstete**
Laufzeiten zwischen 10 und 20 Jahren, effektiver Jahreszins ab 6,49% fest für Gesamtlaufzeit.
- **Öffentlicher Dienst:** nach Dienstdauer Sonderkontingente.
- **Baufinanzierung für Neu- und Bestandsimmob.** bis 100% zzgl. Erwerbsnebenkosten
- **auskunftsfreie Auslandskredite**
- **Kredite für die Hausfrau**

VERA BRUNS
FINANZDIENSTLEISTUNGEN
IMMOBILIEN

30 Jahre qualifizierte Vermittlung, kostenfreie Beratung
Berliner Allee 30, 40212 Düsseldorf,
täglich von 9-20 Uhr, samstags 11-16 Uhr

☎ Tel. 0211 / 3 23 00 03 - Fax 3 23 00 05

Preisrätsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

BERNHARDT
 ELISABETH
 ZUTÄTTEL
 HANDESTRICH
 INTERIM
 GEOMATHE
 KLEINER
 REPORTAGE
 SONNENWAND
 SAFARI
 UNAUSS
 BREIT
 BOBEN
 DECKT
 GEMALT

Freiburgerzeitung (1-4)



Elisabeth, das Musical

Gewinnen Sie mit „Streife“ 3 x 2
Eintrittskarten für ein unvergessliches Musical-Erlebnis!

ELISABETH – Das Musical
im Colosseum Theater Essen

ELISABETH, das Musical von Michael Kunze und Sylvester Levay, erzählt die wahre Geschichte von Elisabeth, der berühmtesten Kaiserin von Österreich. Im zarten Alter von 16 Jahren heiratet Sisi Kaiser Franz Joseph von Österreich. Es ist Liebe auf den ersten Blick. Doch nicht nur das ständige Einmischen der strengen Mutter des Kaisers, sondern auch die starren Richtlinien am Wiener Hof stellen ihre große Liebe vor eine Zerreißprobe. Mit aller Kraft kämpft Elisabeth um ihre Eigenständigkeit und den Einfluss auf die Erziehung ihrer Kinder. Ihr Leben, das wie ein romantisches Märchen begann, entwickelt sich zu einem Drama voller Entbehrungen und Machtkämpfe. Großartige Melodien, ergreifende Texte, traumhafte Kostüme und Kulissen machen dieses Musical



unvergesslich! ELISABETH – ein phantastischer Abend erwartet Sie im schönen Colosseum Theater.

Weitere Infos/Onlinekartenbestellung unter:
www.elisabeth-das-musical.de
 Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte bis zum 4. November 2002 einsenden an:

Innenministerium NRW
 Redaktion „Streife“
 Kennwort: Oktober
 Haroldstraße 5
 40213 Düsseldorf

Vorschau auf die November-Ausgabe



SE Einsatz Kreuzkirche Essen

Mitte Juni kletterten zwei junge Männer auf ein Baugerüst, dass für Renovierungsarbeiten um den 50 Meter hohen Turm der Essener Kreuzkirche aufgebaut war. Von dort aus bewarfen sie Passanten und Fahrzeuge mit Backsteinen, Dachpfannen und anderen Materialien und richteten dabei erheblichen Sachschaden an. Menschen wurden zum Glück nicht verletzt.

„Streifen“ berichtet über den schnellen und erfolgreichen Zugriff, der in enger Kooperation zwischen VG, SEK, PF und dem Höhenrettungsteam der Berufsfeuerwehr Essen ermöglicht wurde.

Das Phänomen „Home-Jacking“

In einem beispiellosen Kraftakt konnte die nordrhein-westfälische Polizei international agierende „Home-Jacker“-Banden zerschlagen, die seit geraumer Zeit im Bereich von Rhein und Ruhr Fahrzeuge bei Einbrüchen in Wohnungen stahlen.

In diesem Zusammenhang recherchierte die Redaktion „Streifen“ einen exemplarischen Fall bei der KP B Neuss.



Kreative Aktion

Das Kommissariat Vorbeugung des PP Dortmund stellte zusammen mit Erzieherinnen der Stadt Dortmund eine besonders kreative Aktion zur Reduzierung von Kinderunfällen auf die Beine.

Mit dem gemeinsam entwickelten Kinderbuch sollen gerade die Eltern verstärkt mit in die „Verkehrssicherheit“ eingebunden werden.



Redaktionsschluss für die November-Ausgabe ist der 8. 10. 2002, für die Dezember-Ausgabe der 5. 11. 2002.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hovelmann, Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streifen“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streifen-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Layout: Günther Franken

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 18 vom 1. Oktober 2001.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

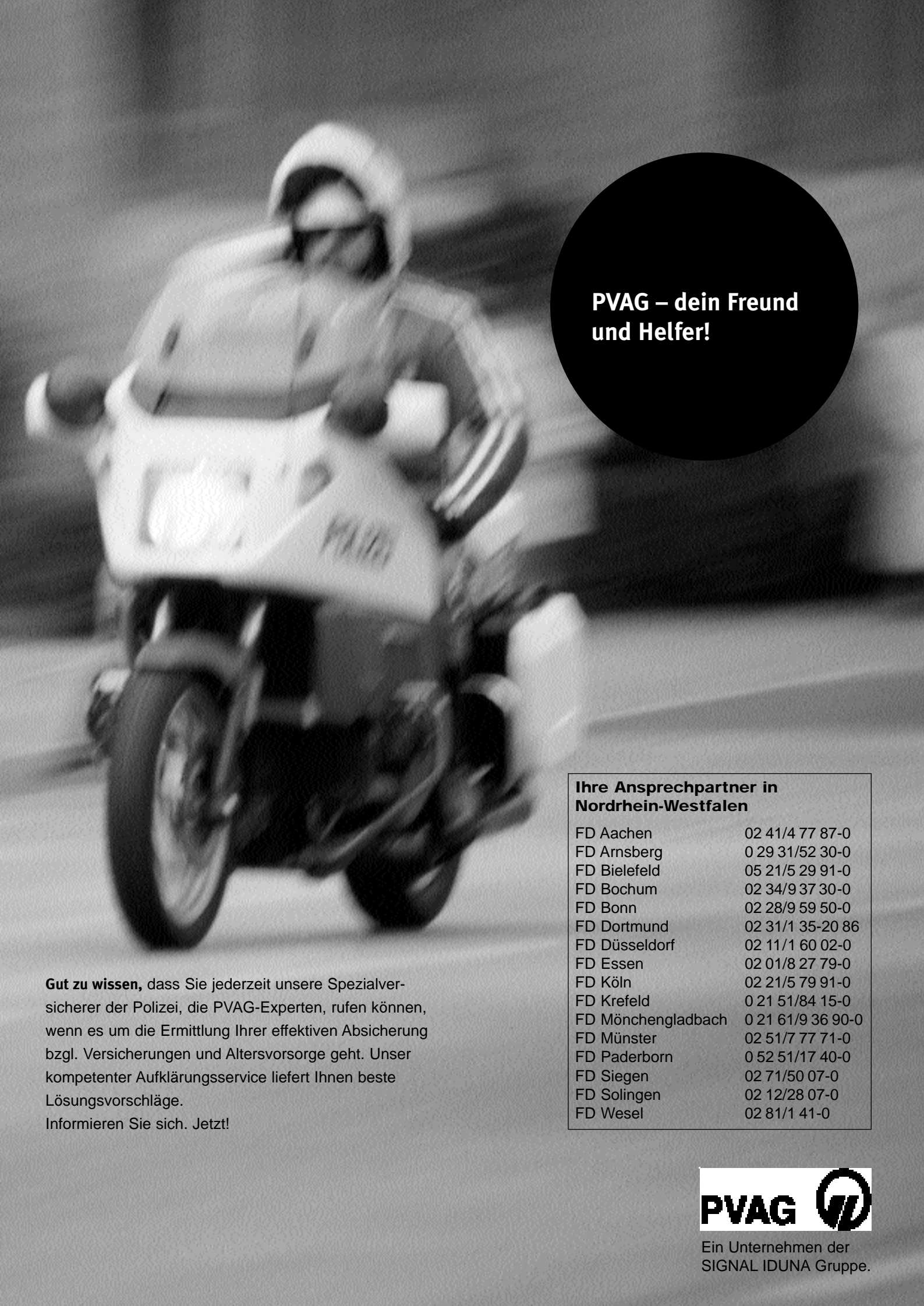
Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streifen“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streifen“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).



**PVAG – dein Freund
und Helfer!**

Gut zu wissen, dass Sie jederzeit unsere Spezialversicherer der Polizei, die PVAG-Experten, rufen können, wenn es um die Ermittlung Ihrer effektiven Absicherung bzgl. Versicherungen und Altersvorsorge geht. Unser kompetenter Aufklärungsservice liefert Ihnen beste Lösungsvorschläge.
Informieren Sie sich. Jetzt!

Ihre Ansprechpartner in
Nordrhein-Westfalen

FD Aachen	02 41/4 77 87-0
FD Arnsberg	0 29 31/52 30-0
FD Bielefeld	05 21/5 29 91-0
FD Bochum	02 34/9 37 30-0
FD Bonn	02 28/9 59 50-0
FD Dortmund	02 31/1 35-20 86
FD Düsseldorf	02 11/1 60 02-0
FD Essen	02 01/8 27 79-0
FD Köln	02 21/5 79 91-0
FD Krefeld	0 21 51/84 15-0
FD Mönchengladbach	0 21 61/9 36 90-0
FD Münster	02 51/7 77 71-0
FD Paderborn	0 52 51/17 40-0
FD Siegen	02 71/50 07-0
FD Solingen	02 12/28 07-0
FD Wesel	02 81/1 41-0



Ein Unternehmen der
SIGNAL IDUNA Gruppe.